

# INHALT

<b>2</b>	<b>EDITORIAL</b>	<b>BÜCHER</b>	<b>23</b>
	<i>GdP-Bundeskongress stark beachtet</i>	<i>„Die verschenkte Reform“</i>	
<b>3</b>	<b>TITEL / 22. Ordentlicher Bundeskongress</b>	<b>AUSSTATTUNG</b>	<b>24</b>
	<i>Berichterstattung Seiten 3,6-22</i>	<i>Taser – eine pfeilschnelle Lösung?</i>	
<b>4</b>	<b>KOMMENTAR</b>	<b>ZUR PERSON</b>	<b>27</b>
	<i>Sind wir zu zahm?</i>	<i>Der gefragte Mann</i>	
<b>4/5/</b>	<b>FORUM</b>	<b>RECHT §§</b>	<b>28</b>
		<i>Juristentag will Jugendstrafrecht modernisieren</i>	
<b>22</b>	<b>RECHTSCHUTZ</b>	<b>FRAUENHANDEL</b>	<b>31</b>
	<i>Über Treu und Gehorsam</i>	<i>„Ware“ aus Weißrussland</i>	



Deutsche  
**Polizei**

Titelbild: VideoArt

Grafische Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
195.004 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**Inhalt:**  
100% Recyclingpapier  
**Umschlag:**  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEI LITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

**Nr. 11 • 51. Jahrgang 2002 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:**  
<http://www.gdp.de>

**Redaktion Bundesteil:**  
Marion Tetzner  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 211  
**E-Mail:** [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Manfred Wallbrecher, Lothar Becker

**Anzeigenleiter:**  
Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28  
vom 1. Januar 2002

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## GdP-Bundeskongress stark beachtet

Unser 22. Ordentlicher Bundeskongress ist zwar zu Ende, aber noch lange keine Geschichte. Wer dabei war, weiß, was in nächster Zeit an Aufgaben auf unsere Gewerkschaft zukommen. Für alle anderen mögen die nächsten Seiten in unserer Zeitung einen Überblick über die arbeitsreichen Tage geben und Eindrücke vom Kongress vermitteln.

Dass die GdP als stärkster Interessenvertreter der Polizei sowohl von der Politik als auch in der gesamten Gesellschaft sehr deutlich wahrgenommen wird und international starke Beachtung findet, davon zeugen die zahlreichen Grußworte – angefangen vom Bundespräsidenten Dr. Rau bis zu befreundeten Gewerkschaften (Auszüge aus den Grußworten sind auf den Seiten 10 und 11 abgedruckt). Selbst nach der Wahl des Bundesvorstandes gingen zahlreiche Glückwünsche ein – u. a. vom Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Auch die Medien haben deutlich auf den GdP-Kongress reagiert – vom ARD-Morgenmagazin bis zum Magdeburger Lokalsender.

Die GdP steht im Rampenlicht. Das bringt Verpflichtungen mit sich. Aber wie der Kongress bewiesen hat, ist unsere Gewerkschaft eine starke Gemeinschaft mit vielen hellwachen Mitgliedern. Damit lässt sich eine Menge bewegen.



**Das Magdeburger Maritim Hotel voller GdP-Thematik bot reichlich Platz und Gelegenheit zu Begegnungen, Gesprächen und Diskussionen. Das Ambiente konnte letztlich auch wegen des großzügigen Sponsoring der Signal-Iduna Group, von BMW, SEB, BHW und den GdP-eigenen Unternehmen OSG und VDP so ansprechend ausfallen.**

**Foto: Wesseling**



**Pressekonferenz kurz vor Eröffnung des Kongresses. Bundesvorsitzender Konrad Freiberg war begehrter Gesprächspartner bei den Medien.**

**Foto: Tetzner**



**BMW stellte im Foyer dieses Polizeifahrzeug aus. 100 davon sollen künftig in Berlin auf den Straßen zu sehen sein. Foto: VideoArt**

## Ein spannender Kongress

**Es war ein spannender Kongress – mit Überraschungen, heißen Diskussionen, verschiedenen Sichten und Ansprüchen, Betroffenheit, konstruktiven Diskussionen und leidenschaftlichen Appellen.**

**254 Delegierte vollbrachten schließlich eines gemeinsam: das Programm einer geeinten und starken GdP für die nächsten vier Jahre auf den Weg zu bringen. Und sie wählten die Vertreter in den Geschäftsführenden Bundesvorstand, die ihr Vertrauen verdienen.**

Während vier ereignisvoller und arbeitsreicher Tagen hat der Kongress den Weg für die nächsten vier Jahre bestimmt. „Dabei haben wir uns viel vorgenommen, es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die jeden in seiner Funktion optimal fordert. Aber wir werden diese Arbeit gemeinsam machen, zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen“, so der alte und neue Bundesvorsitzende Konrad Freiberg in seinem Kongress-Fazit.

Zwei konkreten zentralen Aufgaben hat sich der Bundesvorstand kurzfristig auf Beschluss des Kongresses zu widmen: Zum einen wird in einer Kommission der Leittrag zu optimieren sein und zum anderen soll ein Beitragskonzept der GdP geprüft und bis 2003 erstellt werden.

Darüber hinaus haben sich aus den über 300 beratenen und be-

schlossenen Anträgen noch viele weitere Aufgaben ergeben.

Insgesamt werden die gewerkschaftlichen Aufgaben schwieriger, weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingung schwieriger geworden sind. Wie Konrad Freiberg formulierte, wird der Wind uns kalt ins Gesicht schlagen, wenn es um die Gesundheitsreform, die Tarifverhandlungen und um den Personalabbau gehen wird.

Doch Gewerkschafter müssen optimistisch bleiben. Zusammenhalt und Solidarität sind gefragt.

Entschlossenes Zusammenstehen hat sich mehrfach deutlich auf dem Kongress gezeigt. Beispielsweise während der Antragsberatung, als der Berliner Landesbezirksvorsitzende Eberhard Schönberg die Forderung des Berliner Senats für einen sogenannten „Solidarpakt“ mit den Gewerkschaften erläuterte.



**Interesse und Zustimmung während der Eröffnungsrede. vorn links, Dr. Günter Beckstein, Innenminister von Bayern, stellv. GdP-Bundesvorsitzender Heinz Kiefer und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer.**

Foto: Wesseling



Demnach gehe der Berliner Senat tatsächlich davon aus, dass die öffentlichen Dienstgewerkschaften des DGB akzeptieren würden, durch Einkommens Kürzungen für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte die Flächentarifverträge im öffentlichen Dienst und die bundeseinheitliche Beamtenbesoldung auszuhebeln.

Abgesehen davon, dass es einer Beleidigung gleicht, mit einem solchen Ansinnen an Ge-

hätten die Haushaltsdefizite des Bundes und der Länder nicht zu verantworten. Es sei nicht hinnehmbar, dass sie jetzt die Zeche einer verfehlten Politik mit Einkommensverzicht oder gar mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen sollen.

### Mitreißende Eröffnungsrede

Konrad Freiberg ging zu Beginn seiner Rede auf die deutli-



**Bundesvorsitzender Konrad Freiberg während seiner Eröffnungsrede.**

Foto: Wesseling

werkschaften heranzutreten, reagierten die Delegierten prompt: sie verabschiedeten einstimmig eine Entschliebung, in der sie die Vorstellungen des Berliner Senats als eine Kampfansage für die bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werten.

Konrad Freiberg und Eberhard Schönberg bezeichneten das Abstimmungsergebnis als eine Warnung an den öffentlichen Arbeitgeber. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

chen Trends hin zum Negativen in unserer Gesellschaft ein. Daran sei nicht nur die Politik allein Schuld. Auch in der Wirtschaft, im Show-Business seien zahlreiche Beispiele für Egoismus und Habgier zu finden.

„Die Wirtschaft boomt“, so Konrad Freiberg, „allerdings im Illegalen“. Jährlich wachse die Schwarzarbeit um bis zu fünf Prozent. Er führte Schätzungen an, nach denen sie ca. 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus-

Fortsetzung Seite 6

## Sind wir zu zahm?

Von Konrad Freiberg

**W**erden wir als Gewerkschaft in der Öffentlichkeit eigentlich genügend akzeptiert?

Und sind unsere gewerkschaftlich eingesetzten Mittel und Methoden ausreichend, um wirklich Druck machen zu können im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen und damit letztlich auch im Interesse der Bürger in diesem Staate?



Die Lage in Deutschland ist prekär wie nie: Bund und erst recht viele Länder sind faktisch pleite, die nationale und internationale Kriminalität boomen, der polizeiliche Aufgabenberg wächst .... Es ist eine schier unendliche Litanei.

Manche unserer Forderungen angesichts leerer Haushaltskassen mögen einem Unbedarf überzogen erscheinen.

Scheinen wohlgermerkt, denn sie sind es bei weitem nicht.

Wir müssen stärker den Zusammenhang in die Öffentlichkeit tragen: wenn die Polizistinnen und Polizisten ihre Aufgaben von der Terrorismusbekämpfung bis zur Hundeverordnung ausreichend wahrnehmen können, dann kann der Bürger auch sicher leben.

Wenn nicht, dann nicht.  
So einfach ist das.

Aber das muss in der Öffentlichkeit ankommen, damit die Menschen erkennen, dass es in unserem Bemühen für eine bessere Polizei auch um ihre Sicherheit, um ein Stück Lebensqualität geht.

Wenn sich der Staat mit Privatisierungsbestrebungen immer mehr aus seiner Verantwortung zurückziehen will, müssen wir handeln. Wir werden nicht zulassen, dass der Bürger sich seine Sicherheit nebenher erkaufen muss. Der Staat hat weder das Recht, sich seiner Verantwortung zu entzie-

hen, noch den Leuten quasi mehrfach in die Tasche zu fassen.

Sicher sehen wir, in welcher wirtschaftlichen Lage sich Deutschland befindet. Wir wären allerdings schlechte Gewerkschafter, wenn wir mit vorseilendem Gehorsam unsere Forderungen automatisch herunterschrauben würden.

Daher werden wir in die nächsten Tarifverhandlungen auch mit realistischen Forderungen gehen, bei denen wir jedoch den Arbeitgebern wenig Spielraum und die Interessen unserer Mitglieder keine Sekunde aus den Augen lassen.

Und wo Druck nötig wird, wird er kommen.

Wir werden die künftigen Aufgaben kraft- und ideenreich angehen, aber auch sensibel und diplomatisch. Wir sind hochmotiviert und entschlossen, die lange Tradition unserer gewerkschaftlichen Bemühungen und Erfolge fortzusetzen.

Unser Kongress war da sehr deutlich: Der gemeinsame Ruf „Wir gehen nach Berlin“ und auch die Forderungen nach dem Streikrecht für Beamte lassen ahnen, dass unsere Mitglieder nicht tatenlos zusehen werden, wie Stück für Stück Verfassungsgrundsätze und soziale Leistungen demontiert werden.

Ich denke, wir haben noch genügend kämpferisches Potential.

**Zu: „Terrorismusbekämpfung in Europa“, DP 9/2002**

Die EU geht davon aus, dass die Kriminalitätsbekämpfung und -verhütung in Europa durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Zoll und anderen zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten, einschließlich Europol, verbessert werden soll. Der Gedanke ist richtig. Nur ist die Realität, was den Zoll betrifft, hier in Deutschland weit von dieser Vorstellung entfernt.

Während die Polizeibehörden von Bund und Ländern nach dem 11.09.2001 noch enger und vertrauensvoller zusammengearbeitet haben, der Bundesgrenzschutz und teilweise auch die Polizeien der Länder ihre Personal- und Sachausstattung erhöht haben und, dort wo es ernstzunehmende polizeiliche Defizite gab, diese auch – nicht zuletzt durch die GdP – öffentlich zum Thema gemacht worden sind, zwingt sich für den Bereich des Zolls der Gedanke auf, dass die Verantwortlichen im Bundesfinanzministerium trotz sachdienlicher Hinweise aus dem Kollegenkreis froh darüber waren, dass dieser „Kelch“ ohne besondere Veränderungen und öffentliche Ansprüche an die Zollverwaltung an Ihnen vorbeigegangen ist.

Niemand hat so richtig Notiz davon genommen, dass sich der Zoll im Anti-Terror-Paket nicht positioniert hat, obwohl dringend Anlass und Bedarf bestand. Im Gegenteil, während alle Innenpolitiker mit der Optimierung der polizeilichen Arbeit beschäftigt waren, hat sich die Zollverwaltung, quasi im Schatten der Anti-Terror Pakete I und II, eine neue Struktur gegeben, die die Kriminalitätsbekämpfung schwieriger und unübersichtlicher macht als zuvor.

Dies ist umso unverständlicher, wenn man weiß, dass der Zoll, als materiellrechtliche Finanzpolizei des Bundes, mit seinen bundespolizeilichen Auf-

gaben und Erkenntnissen in den Bereichen der Warenüberwachung, der Drogen-, Zigaretten- und Waffenschmuggelbekämpfung, der Bekämpfung der internationalen Geldwäsche, der Außenwirtschaftskriminalität und der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung einen ebenso wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur wirksamen Bekämpfung des multinationalen Terrorismus leistet, wie die übrigen Polizeibehörden in Bund und Ländern. Nur fehlt es bis heute an einer sinnvollen und effektiven Verzahnung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll.

Nicht einmal die in der Zollverwaltung tätigen unterschiedlichen Dienststellen und Beamten mit finanzpolizeilichen Aufgaben können aufgrund der uneinheitlichen Organisationsstruktur sinnvoll miteinander arbeiten und kommunizieren. Geschweige denn die bundesfinanzpolizeilichen Einheiten des Zolls mit der übrigen Polizei.

Ich denke, dass es in Zukunft immer wichtiger wird, die polizeilichen Aufgaben der Länder und des Bundes mit den bundesfinanzpolizeilichen Aufgaben des Zolls zu verknüpfen. Nur so können wir dem Artikel 29 des EU-Vertrages entsprechen.

Wir können uns auf Dauer keine Sicherheitsarchitektur leisten, in der Erkenntnisse zunehmend separiert statt gebündelt werden. Eine solche Sicherheitsarchitektur ist weder inhaltlich noch logistisch und finanziell ein Schritt zur Zusammenarbeit, wie ihn die EU zu Recht fordert, und sie schafft auch nicht den Raum der Sicherheit, den die Bürgerinnen und Bürger in einem grenzenlosen Europa von der Politik und den Polizei- und Zollbehörden erwarten.

Mit Zusammenarbeit ist die institutionelle Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden gemeint, somit auch der Zoll. Das Bundesfinanzministerium muss dringend durch die Politik aufgefordert werden, endlich aus den Vollzugsdiensten des Zolls eine

Bundesfinanzpolizei zu machen, die auf gleicher Augenhöhe mit den übrigen Polizeibehörden des Bundes und der Länder Informationen austauscht, Ressourcen bündelt und in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit die Kriminalitätsfelder bekämpft, in denen sie eine besondere Kompetenz hat. Neben vielen anderen Kriminallitätsfeldern gehört hierzu auch die Terrorismusbekämpfung.

**Frank Buckenhofer,  
Kommission Bundesfinanzpolizei im GdP Bezirk  
Bundesgrenzschutz**

## **Zu: Pokalsieg in Hessen, DP 9/02**

Ich finde es toll, dass bei den Kollegen in Hessen die zweigeteilte Laufbahn eingeführt und der mittlere Dienst abgeschafft wurde. Auch finde ich die Idee mit dem Wanderpokal sehr originell, den die jeweilige Regierung erhält, die im Polizeidienst nur noch gehobenen und höheren Dienst führt.

Nur müsste man meiner Meinung nach ein Gegenstück für die Auszeichnung seitens der GdP einführen. Mein Vorschlag wäre, ein Pokal in der Form einer silbernen Zitrone für diejenige Landes-/Bundesregierung deren Polizei noch den größten Anteil mittlerer Polizeidienst aufweist.

**Peter Leutz, Heilbronn**

## **Zu: „Verführt von den Medien“, DP 10/02**

Nix gegen experimentelle Psychologie, aber wenn Herr Lukesch zur Frage der substanziellen Beziehung zwischen medialem Gewaltkonsum und der Aggressivität junger Menschen ein finales „Daran kann es aus wissenschaftlicher Sicht keinen vernünftigen Zweifel geben“ postuliert, dann klingt mir schon die Wortwahl etwas unseriös.

Bloß mal drei kurze Gesichtspunkte zu „substanziellen Beziehungen“:

- Der prozentuelle Anteil von jugendlichen Gewalttätern in der Gruppe der Ego-Shooter-Spieler liegt meines Wissens nicht signifikant höher, als bei Nutzern von Wirtschaftssimulationen oder Auto-Rennspielen. Und bei letzteren dürfte auch kaum eine erhöhte Disposition zum erfolgreichen Industriemagnaten oder gar Autorennfahrer vorliegen. Die Auto-Renn-Spieler z. B. wissen auch im jugendlichen Alter durchaus zwischen Realität und Spiel zu unterscheiden.

- Für den vermeintlichen Zusammenhang von Rezeption von Mediengewalt und aktueller Gewaltausübung gilt eher: Wächst jemand in einem kriminellen Milieu auf oder entwickelt er aus anderen Gründen eine gestörte Persönlichkeit, die Gewalt als legitimes Mittel ansieht, so wird dieser Jemand einerseits den Besitz von und den Umgang mit Waffen erstreben und er wird andererseits bevorzugt gewalthaltige Inhalte rezipieren. Daraus zu folgern, dass der Konsum von gewalthaltigen Inhalten auch die Gewalttat auslöst, verdreht also offensichtlich die kausalen Zusammenhänge.

- Bleibt also gerade noch, so die Argumentation, dass Darstellung von Mediengewalt zwar nicht reale Gewalt erzeuge, aber diese doch begünstige. Das ist prinzipiell stichhaltig – aber eben nur so weit stichhaltig, wie man auch einräumt, dass der Besitz eines Motorrads den schnellen Raub von Handtaschen begünstigen kann.

Aber ich will mich hier nicht mit fremden Federn schmücken. Der größte Teil obiger Gegenargumente zu Lukeschs Postulaten stammt aus einem Artikel zum Thema „Gewalt durch Gewaltdarstellung in den Medien?“ von Prof. Dr. Klaus Merten (Kommunikationswissenschaft, Universität Münster), der unter <http://www.forschung-und-lehre.de/archiv/07-02/merten.html> zu finden ist.

Interessant in diesem Zusammenhang auch der Unterpunkt „Medien“ im Artikel „Populäre Vorurteile“ von Dr. Ingo Richter, erreichbar unter <http://www.forschung-und-lehre.de/archiv/07-02/richter.html>.

[www.forschung-und-lehre.de/archiv/07-02/richter.html](http://www.forschung-und-lehre.de/archiv/07-02/richter.html).

**Andreas Raddatz, Berlin**

## **Zu: „Symposium ‚Polizeiliche Großlagen‘“**

Es ist doch gut, dass es noch Polizeibeamte gibt, die in Deutschland Urlaub machen und daher dieses schöne Land kennen. Deshalb war es mir auch möglich, zu erkennen, wo das Symposium der Bereitschaftspolizei stattfand, nämlich im Kloster Banz oberhalb des Main-Tales zwischen Bamberg und Lichtenfels.

Leider war weder im Artikel noch unter dem dazu gehörenden Bild ein entsprechender Hinweis zu finden.

**Rainer Aichele**

*Die Redaktion dankt für den Hinweis. Es ist richtig: Der Tagungsort war Kloster Banz*

## **Zu: „Digitalfunk finanziell absichern!“, DP 10/02**

Den Digitalfunk hat man schon Anfang der 90er Jahre versprochen und so lange gibt es den schon in anderen europäischen Ländern. Dazu braucht man auch keine weiteren Versuche durchzuführen – man muss ihn nur wollen. Und deshalb sollte die GdP richtig Druck machen um z.B. auch das in Hamburg für einen neuen Uniformspleen verschwendete Geld besser für den Digitalfunk zu verwenden.

**Jürgen Haase, per Mail**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

## 22. GDP-BUNDESKONGRESS IN MAGDEBURG

Fortsetzung von Seite 3

mache – mit einem Schaden von ca. 350 Milliarden Euro.

Laut „Stern“ hätte der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Breuer, 12 Mio. Euro im Jahr bekommen. Das entspreche einem Stundenlohn von 4000 Euro. Davon könnte man ein Jahr lang 300 Polizisten bezahlen. „Bei allem Respekt vor der möglichen Leistung von Herrn Breuer, so viel Leistung, wie diese 300 Polizisten bringen, kann er bei Weitem nicht erreichen.“

Und noch einmal rückte er die Deutsche Bank ins Blickfeld: sie erzielte im vergangenen Jahr nach Angaben von Herrn Breuer einen Gewinn von 600 Mio. Euro und zahlte dafür keinen Cent Unternehmenssteuer. Gleiches war von Daimler/Chrysler zu hören.

Das sei dem normalen Arbeitnehmer nicht mehr zu vermitteln, so Konrad Freiberg. Auch nicht, dass sich die durchschnittliche Vergütung der Vorstände großer Unternehmen zwischen 1995 und 2000 fast verdreifacht habe, während das Realeinkommen im öffentlichen Dienst, nach Abzug der Preissteigerungsrate, zwischen 1991 und 2001 sogar geringer wurde.

Als Polizist habe man manchmal den Eindruck, man sperre die Verkehrten ein. Die Kriminalität der „Großen“, der Reichen und Mächtigen – nämlich Korruption, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe – müsse verstärkt bekämpft werden. „Das würde unserem demokratischen Rechtsstaat gut tun und den Polizistinnen und Polizisten die Freude an der Arbeit erhöhen.“

Freiberg äußerte seine Sorge bezüglich des schwindenden Vertrauens in Politik und Politiker, das letztlich zur Distanz des Bürgers gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat führe. Aber auch der Bürger selbst setze sich immer mehr über Gesetze und Regeln hinweg.

Der Bundesvorsitzende ging intensiv auf die Arbeitsbelastungen der Polizei ein, die einer Flut neuer Gesetze ausgesetzt sei, das

Personal aber immer knapper werde und faktisch kaum eine Chance bestehe, alle neuen Gesetze auch durchzusetzen.

Dass die innere Sicherheit bislang immer noch gewährleistet werden könne, sei nur möglich dank des ausgeprägten Engagements der Kolleginnen und Kollegen. „Da gibt es immer noch eine ausgeprägte Berufsauffassung.“ Aber irgendwann sei das erträgliche Maß überschritten, zumal gleichzeitig tief in die Taschen der Polizeibesetzten gegriffen werde. „Ich habe in der Polizeiausbildung gelernt, dass die Verfassung keinen Zustand, sondern einen Auftrag beschreibt – den Auftrag nämlich, diesen demokratischen und sozialen Rechtsstaat im Lichte der Grundrechte zu bewahren und weiter zu entwickeln. Offen gestanden, ich habe Zweifel, ob hier die Richtung noch stimmt.“

Im Hinblick auf die allgemeine Verteuerung im Zuge der Euro-Einführung in Deutschland und auf die Ost-West-Angleichung sagte Konrad Freiberg deutlich:

„Das Jahr 2007 als Ziel der Ost-West-Angleichung können wir nicht akzeptieren.“ Dabei ginge es nicht nur um einen materiellen Ausgleich, sondern um



**GdP-Kongress-Parkett für spontane Politikerrunde genutzt: Der Bayerische Innenminister Dr. Günter Beckstein (l.) und sein Nordrhein-Westfälischer Amtskollege Dr. Fritz Behrens (2. v. r.) im Gespräch mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (2.v. l.) und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Dr. Manfred Püchel (r.)** Foto: VideoArt

Gerechtigkeit und gerade die gehöre zur deutschen Einheit.

Wie ernst es damit sei, könne man gleich zwei Anträgen – aus

Bayern und Brandenburg – für das „Streikrecht für Beamte“ entnehmen. Freiberg wörtlich: „Also wenn selbst unsere bayrischen Kollegen dieses für ein-

der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, das die Kolleginnen und Kollegen umhertreibt. Es wird gnadenlos aufgeladen, aber das hindert niemanden, den Beamtin-



**Viel Lob gab es für das gelungene Eröffnungsprogramm des Kongresses. Der Clou waren die „German Tenors“, deren „O sole mio“ die Zuhörer von den Plätzen riss und zu Bravo-Rufen veranlasste.** Foto: Wesseling

gefleischte Beamtenpolitiker unerhörte Ansinnen stellen, dann muss etwas faul sein im Staate Deutschland. Das ist es auch! Diese Anträge sind das Echo auf eine Erkenntnis, die sich bei unseren Kolleginnen und Kollegen seit Jahren verfestigt: immer mehr Arbeit. Immer mehr Verantwortung. Und auf der an-

nen und Beamten in die Tasche zu greifen – wohl wissend, dass sie sich nicht großartig wehren können.

Und noch eines:

Es soll ja Berufsorganisationen geben, die das Beamtentum für so heilig halten, dass sie es wie eine Monstranz vor sich hertragen. Wenn denen die bisherigen Verhandlungsmöglichkeiten reichen – bitte sehr! Wir wollen mehr, wir wollen größere Einflussmöglichkeiten, und ich glaube, unser demokratischer Rechtsstaat hält das auch aus.

Es gibt ja auch ein leuchtendes Beispiel aus jüngster Zeit: die Schweiz. Ausgerechnet dort, in diesem Hort von Tradition und Bedächtigkeit ist der Beamtenstatus abgeschafft worden, und zwar am 26. November 2000 per Volksentscheid.

Jetzt gibt es in der Schweiz für Polizistinnen und Polizisten einen öffentlich-rechtlichen Status als Angestellte mit Vollzugsaufgaben. Das hat den unübersehbaren Vorteil, dass es volle Verhandlungsrechte einschließlich Streikrecht gibt. Ich gebe zu, das klingt verlockend.

deren Seite Verschlechterungen im sozialen Bereich, z. B. bei der Altersversorgung und Besoldung.

Im Grunde ist es das Gefühl

Ob letztlich das Schweizer Modell für unser Problem die passende Lösung darstellt, will ich hier nicht beurteilen. Ich halte allerdings die Diskussion über weitergehende Verhandlungsrechte für dringen nötig.“

Konrad Freiberg drückte den Wunsch der Gewerkschaft aus, dass „In Sicherheit leben“ für die Bürger eine verlässliche Maxime werde. Seit dem 11. September verkünden Politiker zwar gern Personalverstärkung bei der Polizei, allerdings sollte man genau nachrechnen. „In vielen Fällen wurde nicht einmal der Personalstand wieder erreicht, der vor den Streichkonzerten galt – von Vermehrung per saldo kann also

Miteinander „Ich rede nicht von einer naiven Idylle ... Es geht darum zu lernen, mit den eigenen Aggressionen verantwortlich umzugehen“. Erkenntnisse dazu wurden bereits vor zwölf Jahren in einem umfänglich Gutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt zusammengetragen.

Die künftigen Entwicklungen der Kriminalität im Blick forderte Konrad Freiberg zum einen, dass sich die Gesellschaft wieder stärker auf ihre inneren Werte, auf ihre moralischen Maßstäbe besinne. Zum anderen forderte er diejenigen auf, die immer mehr Gesetze verabschieden und



**Herzliche Begegnung zwischen dem jetzigen GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und dem langjährigen GdP-Bundesvorsitzenden Herrmann Lutz. Rechts daneben Vorstandsvorsitzender Reinhold Schulte von der Signal-Iduna.** Foto: VideoArt

kaum die Rede sein.“ Er fordert eine verlässliche Personalplanung bei der Polizei vor allem über Legislaturperioden hinaus.

Konrad Freiberg beklagte im Weiteren den Niedergang der Bildung und das Desinteresse der jungen Generation an der Politik in Deutschland. Große Sorge mache auch der Anstieg der Gewalt in unserer Gesellschaft. Er erinnerte an die beiden Kollegen, die in diesem Jahr durch Verbrecherhand ihr Leben verloren und forderte auf, innezuhalten, um eine Umkehr einzuleiten, hin zu einem friedlichen

der Polizei immer mehr Aufgaben geben, für ausreichenden Personalbestand zu sorgen. „Sonst haben wir die Situation, dass alles geregelt ist, aber keiner hält sich daran.“

Um das Motto „In Sicherheit leben“ umsetzen zu können, bedürfe es mehr Verlässlichkeit in die Politik und einer Wirtschaft, die sich auch dem Gemeinwohl verpflichtet sehe.

Die mit Leidenschaft und Hamburger Witz vorgetragene Rede veranlasste die Delegierten zu langem, zustimmenden Beifall.

## Ergänzung zum Geschäftsbericht

Seine mündlich Ergänzung zum Geschäftsbericht des letzten halben Jahres trug Bundesvorsitzender Konrad Freiberg mit großem Engagement vor. Er sprach über die Erfahrungen mit der Politik vor allem auf Bundesebene und gab seine Eindrücke von der Bilanz der letzten vier Jahre wieder.

Eingehend auf die Terrorismusbekämpfung würdigte Konrad Freiberg zu Beginn seiner Rede die weltweite Anti-Terror-Allianz, die deutliche Erfolge gebracht habe. Es könne aber bei weitem keine Entwarnung geben. Daher seien verstärkte Bemühungen auch in Deutschland nötig.

„Ich sehe insbesondere in rechtlicher Hinsicht durchaus Positives – zum Beispiel den Wegfall des Religionsprivilegs, die Verbesserung bei der Bekämpfung der Geldwäsche oder die Einführung des 129 b Strafgesetzbuch –, aber die personelle Situation der Polizei ist nun wirklich nicht so, dass sie Terroristen Angst macht ... „

Die Politik mache sich also unglaublich, so Konrad Freiberg, wenn sie von effektiver Terrorismusbekämpfung spreche. Entscheidend sei die personelle Ausstattung der Polizei, denn Terrorismus werde durch Polizisten bekämpft und nicht mit Gesetzen.

Unter Applaus der Delegierten appellierte er an die Politik, aufzuhören mit dem Personalhahlschlag.

Deutlich machte er seinem Unmut Luft, wie die Politik auf das schreckliche Massaker vom 26. April 2002 in Erfurt reagierte. Das Waffengesetz wurde verschärft, kurze und heftige Gewaltdiskussionen ausgefochten – mehr sei nicht geschehen. Nichts sei passiert im Bereich der Wertevermittlung, damit derartige Fälle zumindest reduziert werden können.

Und so sei Deutschland zur nächsten tragischen Sensation übergegangen, zur Flutkatastrophe, die die Aufbauleistung der letzten 10 Jahre in den betroffenen Gebieten zum Teil zunichte machte.



**Solidarität unter Kollegen: 47.000 Euro spendeten GdP-Mitglieder für Flutopfer.** Foto: Wesseling

Eine hoffnungsvolle Gemeinsamkeit habe sich aber bei beiden schrecklichen Ereignissen überwältigend gezeigt: die enorme Bereitschaft zu helfen. Das gelte auch für die Gemeinschaft der GdP. Der Bundesvorsitzende dankte den vielen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Spenden und ihrer Solidarität Hilfe bewiesen haben.

Konrad Freiberg kam auf die von der GdP in Auftrag gegebene KFN-Studie zur Untersuchung der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu sprechen, die Aufgabe und Erfolg der GdP exemplarisch verdeutlichte.

Wichtigste Erkenntnis der Studie: es sei der ganz normale Polizeialltag, der Gefahren bringe. Daher dürfe insbesondere die notwendige Eigensicherung nicht unterbleiben, „weil das dem Image des Innenministers oder des Vorgesetzten schaden könnte.“

Schutz von Leben und Gesundheit haben für die gewerkschaftliche Arbeit höchste Priorität. In diesem Zusammenhang verwies Konrad Freiberg auch auf den Digitalfunk, bei dem es

## 22. GDP-BUNDESKONGRESS IN MAGDEBURG



**Man traf sich auf dem Kongress wieder: Ehrenmitglied Fritz Trekel und Günther Schnupp.**

**Foto: Wesseling**

neben dem Systemstreit und Finanzierungsprobleme auch gesundheitliche Bedenken gäbe. „Für die GdP kann nur gelten: Gesundheit geht vor!“

Zum Thema Modernisierung gehöre auch der Aufbau von INPOL-neu. Bis Ende 2003 solle es nun endlich ein praktikables System geben.

Ebenso gehören die neuen Steuerungsmodelle zur Modernisierung. Was Praktiker schon immer sagten, habe nun auch die Wissenschaft erkannt: was möglicherweise für die allgemeine Verwaltung sinnvoll ist, kann man nicht einfach auf die Eingriffsverwaltung übertragen.

Also, so Freiberg, werde jetzt zusammen mit dem Landesbezirk Nordrhein-Westfalen ein Projekt der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt, das ein auf die Bedürfnisse der Polizei maßgeschneidertes Steuerungsmodell entwickeln soll.

„Hessen vorn“ – die Erfolgsmeldung zur zweigeteilten Laufbahn wertete der Bundesvorsitzende mit sichtbarer Freude als ein wahrlich historisches Ereignis, forderte aber zugleich auf: „Macht also voran in den anderen Bundesländern und beim Bundesgrenzschutz. Unser wunderschöner Wanderpokal, den jetzt der hessische Innenminister hat, soll ja nicht in Wiesbaden Wurzeln schlagen.“

Er machte aber auch auf Merkwürdiges und Sonderbares in Hessen aufmerksam, wie auf

unterhalten müssen, so Konrad Freiberg.

Eingehend auf die Benachteiligung in der Versorgung von Beamten, stellte der Bundesvorsitzende eine offenbar parteiübergreifende Opposition gegen Beamte fest. Denn auf GdP-Anfrage vor der Bundestagswahl sei keine der Parteien konkret darauf eingegangen, ob diese Benachteiligung rückgängig gemacht werden solle. Daher halte er es für völlig richtig, dass in Sachen Versorgungsreformgesetz eine verfassungsrechtliche Überprüfung eingeleitet wurde.

Auch forderte Konrad Freiberg wieder den Gleichklang von Tarif und Besoldung.

Als Skandal bezeichnete er die Tatsache, dass 12 Jahre nach der Einheit immer noch eine Lücke von zehn Prozentpunkten zwischen den Ost- und West-Einkommen im öffentlichen Dienst herrsche. Für die GdP käme nicht in Frage, fünf weitere Jahre zu warten. Das heiße aber auch, zu kämpfen. „Ich jedenfalls schließe einen Streik im öffentli-

chen Dienst nicht aus.“ Und er fügte die Worte des legendären GdP-Vorsitzenden Werner Kuhlmann vor über 25 Jahren an: „Zieht schon mal die Kampfsocken an.“ Die Delegierten stimmten der Botschaft mit intensivem Applaus zu.

Leidenschaftlich ging Konrad Freiberg auf die Situation der Polizisten im alltäglichen Dienst ein. Die Politik mache es sich zu einfach, wenn sie in Sachen innere Sicherheit immer mehr Gesetze erlasse, aber nicht auch für das entsprechende Personal sorgen. Die Belastungen seien allmählich kaum noch verkraftbar. Mit deutlichen Worten charakterisierte er die Situation:

„Was ertragen wir eigentlich für diesen Staat?“

Wir müssen uns von Neonazis beschimpfen lassen, wir müssen ihre menschenverachtenden Propagandasprüche ertragen, wenn wir sie auch noch schützen müssen. Wir müssen uns von Linksextremisten, von Chaoten beleidigen und mit Steinen bewerfen lassen.



**Die Produkte der GdP-eigenen Unternehmen OSG und VDP waren außerordentlich begehrt. Gefragt war auch jegliche Fortbildungs- und Informationsmaterialien am Stand unseres Mitgliederprojektes (nicht im Bild).**

**Foto: Wesseling**

---

Wir ziehen jedes Wochenende wie die Söldner von einem Großeinsatz zum anderen. Ob Demos, Staatsbesuche, Wirtschaftsgipfel, Sportveranstaltungen oder Castor-Transporte – der Polizei-Tourismus rollt. So lernt man Deutschland kennen, vielen Dank!

Und noch eines: ich halte es für einen Missbrauch des Rechtsstaates, systematisch Strafanzeigen gegen Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt zu erstatten – wie das gerade in der Drogenszene Mode geworden ist –, auch wenn die Unsinnigkeit für jedermann offenkundig ist. ...

Wo aber ist das klare Wort der Politik, dass diese Art des systematischen Missbrauchs anprangert und sich in aller Öffentlich-

handlung. Eine zupackende Politik werde gebraucht, ebenso der Wille zu nötigen Veränderungen und zur Bewahrung dessen, was sich bewährt hat.

Wichtig sei in all diesen Fragen, den Kurs unbeirrt zu halten, auch wenn es schwierig werde und wenn nötig, auch zu kämpfen.

---

### Diskussionen

In der anschließenden Diskussion wiesen Delegierte u. a. darauf hin, dass nicht alles im Geschäftsbericht widerspiegelt worden sei, was getan wurde. So könnte der Eindruck entstehen, dass sich die GdP z. B. nicht ausreichend um Versorgungsprobleme kümmere.



keit zur Polizei bekennt?

Kein Wunder, dass sich bei der Polizei das Gefühl verbreitet, allein gelassen zu werden. ... Wir setzen Leben und Gesundheit für diesen Staat ein. Seit 1945 wurden 384 Polizeibeamtinnen und -beamte durch Rechtsbrecher getötet.

Und wie sieht der Dank aus?

Man kürzt die Pensionen, Bewertung und Bezahlung haben – von rühmlichen Ausnahmen in einigen Ländern abgesehen – mit dem Prädikat „gerecht“ nichts zu tun.“

Unter starkem Beifall der Delegierten forderte Konrad Freiberg, dass endlich Schluss sein müsse mit der Überlastung der Polizei, mit unsozialen Kürzungen und ungerechter Be-

**Diskussionsstoff gab es für jede freie Minute. Hier Carsten Baum, Saarland, im Gespräch mit Dieter Gier aus NRW. Foto: VideoArt**

Außerdem hätte man dem Bereich „Versorgungslücke in den neuen Bundesländern“ mehr Raum geben müssen.

Auch der Wille kämpferischer als GdP aufzutreten, wurde in der Diskussion geäußert: unser Gegenüber verstehe offenbar nur eine Sprache und das sei Widerstand. Deshalb solle man auch in Berlin als GdP geschlossenen Zeichen setzen. Beamte könnten auch dort mir Fahnen erscheinen, das sei kein Streik, aber solidarisches Verhalten. Schließlich gingen die Tarifbeschäftigten auch für Beamte auf die Straße.

# Auszüge aus einigen Grußworten an die Delegierten und Gäste des 22. GdP-Bundeskongresses

### **Bundespräsident Rau** (per Video-Einspiel)

In seinen Eingangsworten dankte er den Polizistinnen und Polizisten ausdrücklich für ihre tägliche Arbeit und wünschte sich, dass die Beamtinnen und Beamten die Achtung und den Respekt genießen, der ihnen zusteht: „Sie leisten ihre Arbeit oft unter Einsatz der Gesundheit, manchmal unter Einsatz des Lebens. ... Ich weiß, dass die polizeiliche Arbeit in den letzten Jahren schwieriger geworden ist. ... Soziale Spannungen, gesellschaftliche Verwerfungen, das Sinken der Hemmschwellen: all das erfahren sie sozusagen an vorderster Front. Hier dürfen Polizistinnen und Polizisten – und ihre Angehörigen, die sich oft Sorgen machen – nicht allein gelassen werden. Sie dürfen nicht ausbaden müssen, was an anderen Stellen versäumt worden ist.“

Darum benötigten die Polizistinnen und Polizisten umsichtige und kompetente gewerkschaftliche Vertreter, aber auch die nachhaltige Unterstützung durch die Politik und durch die Bürgerinnen und Bürger, so Johannes Rau.

Zum Schluss äußerte der Bundespräsident seine Überzeugung, dass die GdP auch künftig umsichtig und kompetent die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten werde. „Sie wird unverzichtbarer Partner der Landesregierungen und der Bundesregierung bleiben. Und sie wird als wichtige Stimme im öffentlichen Gespräch Beachtung finden, wann immer es um die Erfüllung der wichtigsten Aufgabe der Polizei geht, die innere Sicherheit.“

### **Dr. Günter Beckstein,** **Innenminister Bayern**

Wenn er feststelle, dass er einen engen Kontakt zur GdP habe, so der bayerische Innenminister, dann sei das keine Floskel: der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Heinz Kiefer, z. B. erwische ihn per Telefon öfter als Becksteins eigene Frau.

Beckstein betonte, die innere Sicherheit sei ein soziales Grundrecht und er wehre sich „mit



Händen und Füßen“, dass in diesem Bereich privatisiert werde.

Vier Schwerpunkte machen aus seiner Sicht der polizeilichen Arbeit in Bund und Ländern besonders zu schaffen. Das seien der Kampf gegen den Extremismus, die Verbesserung der technischen Ausstattung der Polizei, die Probleme in Zusammenhang mit der EU-Erweiterung und die Problematik der leeren Kassen.

In dieser Zeit, so Beckstein, sei es jedoch ein völlig falscher Schritt, die Polizeikräfte zu reduzieren.

Gemeinsam müssten die Innenminister und die GdP auch dafür sorgen, den Stellenwert der

Polizei in der Gesellschaft zu heben. Ausdrücklich dankte er allen Polizistinnen und Polizisten für ihren harten, aber notwendigen Dienst.

### **Fritz Rudolf Körper, parlamentarischer Staatssekretär**

Er vertrat in seiner Rede die Auffassung, dass gesetzliche Maßnahmen, die mit entsprechenden Haushaltemitteln und Personal untermauert wurden, zur Erhöhung der inneren Sicherheit beigetragen haben.

Seinen Dank an die GdP ergänzte er durch seinen ausdrücklichen Dank speziell an den Geschäftsführer der GdP, Wolfgang Dicke, der bei der Novellierung des Waffenrechts konstruktive Zuarbeiten geleistet habe.

### **Prof. Dr. Wolfgang Böhmer,** **Ministerpräsident** **Sachsen-Anhalt**

Mit seinen Worten beschrieb er den Zustand in den neuen Bundesländern, speziell in Sach-



sen-Anhalt. Er, so Böhmer, kenne niemanden, dem das Tarifgefüge gefalle. „Aber Wahrheit

ist, dass wir es allein nicht schaffen.“

Er appellierte an die Ehrlichkeit und glaube mit einer 2 %igen jährlichen Erhöhung die Ost-Angleichung bis zum Jahre 2007 zu vollenden. Es gehöre aber ein gesamter Ausgleich dazu: angefangen von den Strukturen, über Gesetze bis zu den Tarifen.

„Wir sind zum Erfolg verpflichtet, sonst laufen uns die Leute davon.“

### **Jürgen Storbeck,** **Direktor von EUROPOL**

Der EUROPOL-Direktor lenkte den Blick eindringlich darauf, dass Polizeiarbeit immer mehr internationale Aspekte zu bewältigen habe. Ein Europa „ohne Grenzkontrollen, ein gemeinsamer europäischer Wirtschaftsmarkt und moderne Kommunikationsformen wie das Internet haben eine neuartige internationale Kriminalität hervorgerufen, die in ihrer Dimension, Kapitalkraft und sozialen Bedeutung bedenklich ist“, so Storbeck. Neben den hohen Anforderungen im lokalen und nationalen Bereich werden die nationalen Polizeien zusätzlich in Auslandseinsätzen gefordert sein und schließlich noch internationalen polizeilichen Kooperationsanforderungen genügen müssen.

Die Gewerkschaften, so Jürgen Storbeck, müssten in diesem Zusammenhang überzeugend verdeutlichen, dass Polizeibeamte den gestiegenen Anforderungen nur gerecht werden können, wenn sie entsprechend ausgebildet sind (z. B. Fremdsprachen, Rechtskunde über den nationalen Bereich hinaus u. a.), wenn die sozial-materiellen Rahmenbedingungen angepasst werden, wenn das notwendige Ausrüstungsmaterial zur Verfügung steht, wenn im Rahmen von

länderübergreifenden Austausch- und Trainingsprogrammen internationale Zusammenarbeit erfahrbar wird und wenn die Bereitschaft, sich internationalen Missionen zu stellen, Honorierung erfährt.

Des Weiteren hofft er auch auf gewerkschaftliche Hilfe bei der Erarbeitung eines europäischen Berufsbildes der Polizei und bei der Schaffung gemeinsamer Standards in Europa.

Aufgrund seiner positiven Erfahrungen mit der GdP sei er zuversichtlich, so der EUROPOL-Direktor, dass sie die Probleme gut angehen und zügig verfolgen werde.

***Dr. Fritz Behrens, Innenminister Nordrhein-Westfalen***

Auch Dr. Fritz Behrens betonte, die innere Sicherheit müsse staatlich Aufgabe in öffentlich-rechtlicher Verantwortung bleiben. Das setze eine starke, motivierte, gut ausgebildete und bezahlte Polizei voraus.

Er sehe die innere Sicherheit



nicht in Gefahr. Aber es gelte, sie gemeinsam weiter auszugestalten und zu organisieren. Dafür sei die GdP ein wichtiger Partner.

***Gunnar Andersson, Vizepräsident UISP***

Er überbrachte Grüße der internationalen Union der Polizeigewerkschaften mit ihren 18 Mitgliedern – wobei die GdP die größte Mitgliederorganisation darstelle. Er verhehlte seine Neu-

gier nicht, zu erfahren, wie in Deutschland mit den Themen umgegangen wird, die die Polizei und ihre Beschäftigten betreffen. Immer neue Aufgaben, immer weniger Personal, das sei bekannt. Hinzu komme, dass die innere Sicherheit immer mehr im europäischen Kontext gesehen werden müsse. Dabei seien die Probleme zu wichtig, als sie allein den Politikern zu überlassen. Eine Branchenorganisation Po-



**Fotos (4): VideoArt**

lizei im Europäischen Gewerkschaftsbund, wie es Ziel der UISP sei, könne dabei eine kräftige Stimme darstellen.

***Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes***

Der DGB-Chef würdigte die GdP als wichtigen Partner und Faktor insbesondere im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Seine eindeutige Aufforderung ging an die Politik: die Bundesregierung wäre gut beraten, nicht so zu tun, als wären die Beamten die Sparschweine der Nation. „Wer daran denkt, das Besoldungs- oder Beamtenrecht vom Tarifrecht abzukoppeln, bekommt Ärger.“ Er erwarte von der neuen Regierung ein klares Bekenntnis zur Tarifpolitik. „Da darf nicht herummanipuliert werden.“

Eindeutig sprach sich Sommer gegen Privatisierung in der inneren Sicherheit aus. „Die Polizei ist Polizei und sonst niemand!“

### „In Sicherheit leben“ ist Anspruch und Programm

**Intensiv wurde auf dem Kongress der Leitantrag „In Sicherheit leben“ diskutiert, den der alte Bundesvorstand zum Motto des 22. Bundeskongresses erarbeitet hatte. Darin sind aktuelle Aspekte der Sicherheitspolitik formuliert und die Konsequenzen für die Gewährleistung aufgezeigt.**

Um es vorwegzunehmen: die Delegierten haben den Leitantrag des Bundesvorstandes in der vorliegenden Form als Arbeitsmaterial beschlossen. Das bedeutet, der Bundesvorstand wird ihn nach dem Kongress mit Hilfe einer Kommission ergänzen und optimieren. Im folgenden die wichtigsten Punkte aus dem vorliegenden Arbeitsmaterial

riellen Voraussetzungen zu schaffen und auf Dauer zu sichern.

Zur Untersetzung seiner Forderung stellte der Bundesvorstand in seinem Leitantrag fest, dass die innere Sicherheit als stetige Aufgabe sich nicht an rein ökonomischen Kriterien orientieren dürfe. Das Prädikat für Sicherheit könne nur sein: Gut, aber nie billig.

das erwiesenermaßen den Bürgerinnen und Bürgern ein erhöhtes Sicherheitsgefühl vermittelt und Vertrauen beiderseits aufbaue.

Da der Aufgabenberg für die Polizei immer mehr anwache, gewinne auch die Frage nach der Aufrechterhaltung der Qualität polizeilicher Arbeit an Bedeutung. Unvereinbar sei ein berechtigter hoher Anspruch an Qualität mit Personalabbau und Einschnitten ins soziale Netz.

Vorantreiben wolle die GdP weiter die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Eine für die

In Bezug auf die Einkommensentwicklung fordert der Bundesvorstand in seinem Leitantrag, die Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung und Versorgung zu übertragen. Bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit bei der Polizei sehe die GdP auch ihre Aufgabe darin, die „Modernisierungsrhetorik“ ernsthaft auf ihren Gehalt zu prüfen. Darüber hinaus müsse auch der öffentliche Dienst beschäftigungspolitische Maßnahmen ergreifen.

Was die Auslagerung von polizeiinternen Unterstützungsleistungen wie Datenverarbeitung, Werkstätten, Küchen- und Reinigungsdienste betreffe, so zweifle die GdP, dass dadurch Kosten reduziert wurden. Sie seien bestenfalls verlagert worden. Die bisherige Privatisierung habe sich nicht bewährt und stoße daher auf gewerkschaftlichen Widerstand.

Zum Thema Ost-West-Angleichung wird die eindeutige Auffassung vertreten, dass in der nächsten Tarifrunde die Einheit Deutschlands auch einkommensmäßig verankert werden müsse.

Da Beamten bislang auf Bundes- und Landesebene von grundlegenden Kollektivrechten – z. B. die Einkommens- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln und zu vereinbaren – ausgeschlossen und nur auf das Wohlwollen der Parlamente, Regierungen und Ministerien angewiesen seien, vertritt die GdP das Ansinnen, dass auch für Beamte der Grundsatz gelten müsse: „verhandeln statt verordnen“. Die Verfassung lasse diesen Spielraum zu.

Betreffs der Alterssicherungssysteme hält die GdP die verfassungsrechtliche Überprüfung der Absenkung der Witwenversorgung im Verbindung mit der Reduzierung des zukünftigen Höchstruhegehaltsatzes auf 71,75 Prozent für nötig.



**Gerd Diefenthaler (l. auf der Leinwand) aus Nordrhein-Westfalen eröffnete die Diskussion um den Leitantrag und legte dem Bundesvorstand bereits erste Überlegungen vor. Foto: Wesseling**

Seit dem 11. September 2001 gehöre Sicherheit zu den Grundbedürfnissen der Menschen die am meisten nachgefragt werden, ist in der Einleitung zu lesen. Und es sei vor allem die Polizei, die als Repräsentant des Staates die Sicherheit gewährleisten soll. Zu diesem Auftrag stehe die GdP und fordere gleichzeitig von der Politik in Bund und Ländern, dafür die personellen und mate-

Wichtig bei allen Sicherheitsbestrebungen sei, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu bewahren. Außerdem sei sorgsam zu prüfen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen tatsächlich zur Erhöhung der Sicherheit beitragen und welche z. B. bereits an personellen Umsetzungsmöglichkeiten scheitern.

Die GdP setze sich für mehr sichtbare Polizeipräsenz ein, da

heutigen Aufgaben qualifizierte Polizei müsse die Ausbildung zum gehobenen und höheren Dienst durchlaufen haben. Das führe in vielen Bereichen zu einer Aufgabenverlagerung weg von Polizeibeamtinnen und -beamten hin zu Angestellten. Entsprechende Qualifizierung der Angestellten sei ebenso nötig wie anschließende Vergütungsanpassung.



**Helmut Hinsenhoven, der in den wohlverdienten Ruhestand wechselt, erhielt vom Bundesvorstand zum Abschied die vergegenständlichte „Tarifkeule“, die er jahrelang mit Kompetenz und Engagement – sinnbildlich versteht sich – geschwungen hat. Foto: Tetzner**

Bei der anstehenden Gesundheitsreform werde die GdP sich für die Beibehaltung paritätischer Finanzierung einsetzen, keine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen absegnen, darauf achten, dass finanzielle Mehrbelastungen und Leistungsver schlechterungen vermieden, ein qualitätsorientiertes Gesundheitsmanagement etabliert und Effizienzkriterien berücksichtigt werden. Die Änderungen in der sozialen Krankenversicherung sollten systemadäquat auf das Beihilferecht übertragen werden.

Technik in der Polizei habe sich an polizeilichen Aufgabenstellungen zu orientieren, dabei müsse die Aus- und Fortbildung auf neuestem technischen Niveau erfolgen und die Arbeitsbedingungen den modernsten arbeitsmedizinischen und technischen Erkenntnissen angepasst werden. Bei der Nutzung digitaler Netze müsse eindeutig die Qualität der Informationsvermittlung vor parteipolitischen oder haushalttechnischen Gründen rangieren.



**Konrad Freiberg verabschiedete Kolleginnen und Kollegen, die mit Engagement und viel Kraft auf Bundesebene der GdP tätig waren und nun aus Altersgründen oder weil sie sich neu orientiert haben, ausscheiden.**

**Foto: VideoArt**

Der Anspruch „In Sicherheit leben“ gelte nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Polizeibeschäftigten. Hierzu zähle u. a. die weitere Verbesserung der Eigensicherung, der Schutzausstattung und der Aus- und Fortbildung.

Einigen Delegierten war die Forderung nach mehr Personal für die Polizei zu pauschal ge-

stellt. Polizei müsse besser definiert werden. Man brauche diesbezüglich eine Messgröße. Es

### **Leitantrag optimieren**

In der Diskussion wurde der Leitantrag als wichtige Botschaft des Kongresses nach innen und nach außen gewertet. In einer freimütigen und konstruktiven Diskussion zeigten die Delegierten, dass sie sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt hatten und legten ihre Optimierungsvorschläge mit hoher Sachkompetenz dar.

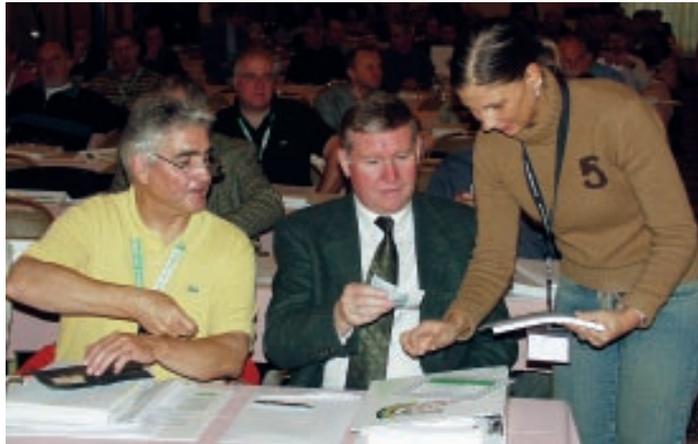
So wurde angemerkt, dass bei diesen umfangreichen Aufgaben, die GdP nicht alles allein richten könne, sie brauche soziale Komponenten – das müsse im Leitantrag enthalten sein.

Gefordert wurde auch eine intensivere Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung im Leitantrag. Deutschland sei in riesigen Umbrüchen begriffen, Bevölkerungsüberalterung, Einwanderungsland, Globalisierung seien nur wenige Stichpunkte die auch grundlegend Arbeitsstrukturen in der Republik verändern.

## 22. GDP-BUNDESKONGRESS IN MAGDEBURG

müsse darauf gesehen werden, wie sich Polizei verändert hat, wie sie sich in Zukunft verändern werde. All das klinge im Leitantrag an, sollte aber detaillierter und deutlicher benannt werden. Das betreffe auch die Fragen, welches Personal künftig benötigt würde, ob vorhandene Leute richtig eingesetzt seien und welche Anforderungen an Bildung und Fortbildung auf die Polizei zukämen.

Ebenso müssten die Auswirkungen der zweigeteilte Laufbahn intensiver beleuchtet werden. Als Stichworte fielen dabei Enthierarchisierung, selbstbewusste, ehrgeizige Kolleginnen und Kollegen, mehr Anspruch auf Aufstiegsmöglichkeiten. Das bedeute auch andere Personalentwicklungskonzepte. Eine Untersuchung des KFN zur Zufriedenheit vor allem jüngere Kolle-



**930 Stück ihrer „Aktie Ausbildung“ zu je 1 Euro verkaufte die JUNGE GRUPPE in der Erstemission während des Kongresses. Mit ihrer symbolischen Aktie wirbt sie in Politik und Öffentlichkeit für mehr Qualität in der polizeilichen Ausbildung. Weitere Emissionen der symbolischen Aktie folgen. Von dem Geld werden Schutzwesten für die jungen Kolleginnen und Kollegen finanziert.**

**Foto: Behle**

ginnen und Kollegen hätte gezeigt, dass sich viele unterfordert fühlten.

Der Privatisierungsbereich sei im Leitantrag inhaltlich gut behandelt worden, allerdings sei

der Fokusbereich zu gering, es müssten mehr Arbeitsbereiche angesprochen werden.

Auch wurden deutliche Aussagen zu grundlegenden strukturellen Veränderungen in den Bereichen der Arbeiter und Tarifangestellten im Leitantrag vermisst. Hier gelte es z. B., die Akzeptanz der Angestellten zu stärken, die eng mit Ermittlern zusammenarbeiten.

Nach der Diskussion und einer Beratungspause schlug der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg den Delegierten vor, den Leitantrag als Arbeitsmaterial anzunehmen – mit dem Zusatz, dass eine Arbeitsgruppe diesen Antrag fortführt.

Deutlicher Applaus der Delegierten signalisierte Einverständnis.

# Das Wahlergebnis

## Geschäftsführender Bundesvorstand gewählt

Mit überwältigender Mehrheit (91 Prozent aller Delegierten-Stimmen) wurde Konrad Freiberg als Bundesvorsitzender der GdP wieder gewählt.

Der Kriminalhauptkommissar aus Hamburg – der seit 1997 als Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg amtiert – ist seit 1978 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Seit 1990 gehört er dem GBV an und wurde 1994 stellvertretender Bundesvorsitzender. Nach dem Rücktritt des Bundesvorsitzenden Norbert Spinrath übernahm er am 29.11.2000 dessen Amt und wurde nun auf dem Magdeburger Kongress in seiner Funktion deutlich bestätigt.

Zu seinen thematischen Schwerpunkten im GBV gehören vor allem Gewerkschaftspolitik/Grundsatzfragen, Öffentlichkeitsarbeit, Kriminalpolitik, der BFA „Kriminalpolizei“, Kontakte zum DGB-Bundesvorstand und zum DGB-Bundesausschuss.

**Bernhard Witthaut** aus Niedersachsen wurde als stellvertretender Vorsitzender der GdP bestätigt. Der Polizeihauptkommissar ist seit 1982 GdP-Mitglied und seit 1997 Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen.

Dem GBV gehört er seit 1994 an – erst als Schriftführer, dann, ab 1998, als stellvertretender Bundesvorsitzender. Hauptsächlich ist er zuständig für Beamtenrecht/ Besoldungsrecht, Versorgungsrecht, Wirtschaftspolitik, den BFA „Beamten- und Besoldungsrecht“ und für die Senioren.

**Heinz Kiefer**, Polizeioberrat aus Bayern, wurde ebenfalls als stellvertretender Vorsitzender der GdP bestätigt. 1994 wurde er erstmalig in den GBV gewählt. Er ist seit 1969 GdP-Mitglied.

Thematisch zuständig ist er im GBV vor allem für Internationales (Heinz Kiefer ist seit Septem-

ber 2001 Vize-Präsident der UISP), Einsatz/Verwendung, Waffentechnik Waffenrecht und den BFA Bereitschaftspolizei.

**Hugo Müller** konnte sich in der Wahl als stellvertretender Vorsitzender behaupten. Der Polizeioberrat aus dem Saarland ist seit 1979 Mitglied der GdP und übernahm vor vier Jahren den Vorsitz des Landesbezirks Saarland. 1998 wurde er als stellvertretender Bundesvorsitzender in den GBV gewählt und ist dort zuständig für Gewerkschaftliche Bildung, Werbung, Aus- und Fortbildung sowie Jugend.

**Kerstin Philipp** wurde neu in den GBV gewählt. Die Berliner Polizeiangestellte ist seit 1990 Mitglied der GdP und seit 1994 stellvertretende Landesbezirksvorsitzende der GdP Berlin. Seit 1996 engagiert sie sich in der Großen Tarifkommission. Im GBV tritt sie die Nachfolge von Helmut Hinsenhofen an, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Sie ist insbesondere für Tarifpolitik zuständig.

**Andreas Schuster**, Kriminalhauptkommissar aus Brandenburg, wurde als Bundeskassierer in seinem Amt bestätigt, das er seit 1998 ausübt. Andreas Schuster war Gründungsmitglied der ehemaligen Gewerkschaft der Volkspolizei in den neuen Bundesländern. Seit 1990 ist er Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Brandenburg und wurde 1992 stellvertretender Bundeskassierer.

Er ist im GBV für Finanzen, den BFA „Haushalt und Finanzen“, Organisation, Kongresse und Veranstaltungen zuständig, außerdem für die Wirtschaftsunternehmen der GdP (OSG und VDP).

**Frank Richter**, Polizeioberrat aus Nordrhein-Westfalen, wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt. Er ist seit zwei Jahren als Bundesschriftführer Mitglied des GBV. Zu seinen the-



Wahlgang zum Bundesvorstand

Foto: Wesseling

matischen Zuständigkeiten im GBV gehören die Verkehrspolitik, Ausrüstung und Arbeitsschutz. Der GdP gehört er seit 1978 an. 2002 wurde er zum stellvertretenden Landesbezirksvor-

sitzenden von Nordrhein-Westfalen gewählt.

**Elisabeth Uzunoglu**, Verwaltungsangestellte aus Bremerhaven wurde wiederum als Beisitz-

## 22. GDP-BUNDESKONGRESS IN MAGDEBURG

### Stimmen zum Kongress

Ein sehr gelungener Bundeskongress, zwar mit einem „Mammutprogramm“, aber dennoch mit Möglichkeiten, sich mit den Delegierten auszutauschen. Anhand der Anträge und den Gesprächen war schnell erkennbar, dass viele Landesbezirke gleiche oder ähnliche Probleme mit dem Dienstherrn haben. Der Kongress hat wieder beeindruckend gezeigt, wie notwendig es ist, vereint als GdP aufzutreten.

Während der Antragsberatung offenbarte sich, dass trotz sehr guten Vorbereitung immer noch Sichten zu diskutieren sind.

Erschrocken war ich allerdings darüber, dass sich mancher persönlich angegriffen fühlte, auch wenn nur inhaltlich zu den Anträgen gesprochen wurde. Dabei habe ich wieder gespürt, wie schwierig es ist, Demokratie wirklich zu leben bzw. zu praktizieren.

**Hans-Jürgen Kirstein,  
Baden-Württemberg**

Die Senioren haben sich auf dem Kongress gut aufgehoben gefühlt. Die sie betreffenden Anträge wurden angenommen. Dafür bedanken sie sich.

**Olaf Bong, Bundes-  
seniorenvorstand**

Die Tage waren beeindruckend – vor allem die offene und konstruktive Diskussion. Der Kongress war bestens organisiert und vorbereitet – von der Tagungsstätte über das Rahmenprogramm bis zum Inhalt der Anträge. Ich nehme viele positive Eindrücke und Anregungen für die weitere Arbeit an der Basis mit nach Hause.

**Manuela Winter,  
Kreisgruppe Suhl**

zerin in den GBV gewählt. Dieses Amt hat sie seit 1998 inne. Sie ist seit 1978 GdP-Mitglied, seit 1994 stellvertretende Vorsitzende im Landesbezirk Bremen und gehört seit 1995 der Bundesfrauengruppe der GdP an. Sie ist im GBV für Sozialpolitik, Sozialversicherungsrecht, den BFA „Polizeiverwaltung“ sowie für Frauen und Gleichstellungspolitik zuständig.

**Jörg Radek**, Polizeihauptmeister beim BGS aus Niedersachsen wurde ebenfalls zum zweiten Mal als Beisitzer in den GBV gewählt. Er ist seit 1978 GdP-Mitglied und übernahm 1994 den stellvertretenden Vorsitz des Bezirks Bundesgrenzschutz. Im GBV ist er insbesondere zuständig für: Personalvertretungs-



Gespannt auf das Wahlergebnis, Konrad Freiberg während der Wahl.

Foto: Wesseling



Der neue Bundesvorstand – nunmehr mit zwei Frauen: Frank Richter, Elisabeth Uzunoglu, Jörg Radek, Hugo Müller, Bernhard Witthaut, Konrad Freiberg, Andreas Schuster, Kerstin Philipp, Detlef Rieffenstahl und Heinz Kiefer (v. l. n. r.)

Foto: VideoArt

recht, Betriebsverfassungsrecht, PHPR-Vorsitzende, Verwaltungsmodernisierung, Informations- und Kommunikationstechnik in der Polizei, PC-Anwenderservice GdP, die Dokumentationsstelle und den BFA „Wasserschutzpolizei“.

**Detlef Rieffenstahl**, Polizeihauptkommissar, stammt aus Ber-

lin. Er ist seit 1978 GdP-Mitglied und seit 1994 stellvertretender Vorsitzender im Landesbezirk Berlin. 1998 wurde er erstmals als Beisitzer in den GBV gewählt. Er ist insbesondere zuständig für Allgemeines Recht, Polizeirecht, Satzungsfragen, Öffentliches Dienstrecht den BFA „Schutzpolizei“, Umweltkriminalität und Wechselschichtdienst.

### Die neuen Bundeskassenprüfer

Als Bundeskassenprüfer wurden folgende Kollegen gewählt:

**Karl-Heinz Dropmann**, Berlin  
**Harry Kuck**, Bremen  
**Michael Messer**, Hessen

### Leitantrag optimieren

Der Leitantrag des Bundesvorstandes „In Sicherheit leben“ beinhaltet das Zusammenspiel von Anspruch und Umsetzung des Rechtes der Bürger, auch der Polizistinnen und Polizisten, in Sicherheit (in innerer und sozialer) zu leben. Er enthält sowohl analytische Aussagen zur derzeitigen Sicherheits-Situation in unserem Land als auch programmatische Forderungen, mit denen die GdP sich an Politik und Öffentlichkeit wendet, um ihre Positionen und künftigen Ziele zu verdeutlichen.

Alles menschenmögliche müsse zur Ursachenforschung und Bekämpfung von Gewalt in der Gesellschaft getan werden, so der Tenor des Antrages, um im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit das Recht der Menschen auf ein gewaltfreies, sicheres Leben zu gewährleisten.

In der Diskussion wurde gefordert, die analytischen Aussagen zu vertiefen, die Positionen der GdP und die sich daraus ergebenden Forderungen zu präzisieren.

Der Bundesvorstand wurde von den Delegierten aufgefordert, eine Kommission zu bilden,

die die Diskussionsbeiträge aufgreift und zur Optimierung des Leitantrages beitragen wird. Der Leitantrag wurde daher als Arbeitsmaterial verabschiedet.



**Prof. Dr. Joachim Kersten von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg machte „In Sicherheit leben“ am Thema Jugendgewalt fest: „Jugendprobleme, erst recht Jugendgewalt, sind für Pädagogen und Kriminologen das, was Überschwemmungen für die Klimaforscher darstellen.“, so Kersten in seinem vielbeachteten Referat.**

Foto: Wesseling

### Streikrecht gefordert

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums unterlägen in den letzten Jahrzehnten einer enormen Wandlung. Deutlich werde das unter anderem an der ständigen Aushöhlung des Alimentationsprinzips. Mittlerweile würden die Beamten zunehmend an ihrer Krankenvorsorge und an Pension beteiligt – so argumentierten die Delegierten aus Brandenburg in ihrem Antrag. Der Bundesvorstand solle sich für das Streikrecht für Beamte einsetzen (siehe auch Eröffnungsrede auf S. 6).

Weiter heißt es in der Begründung zum Antrag: „Einschneidende Maßnahmen werden verordnet und nicht verhandelt. In einer modernen Demokratie ist es jedoch angebracht, auch den Beamten Verhandlungsrechte und ihnen, bezogen auf ihre soziale Lage, auch das Streikrecht analog den Tarifbeschäftigten einzuräumen.“

Damit würde auch eine Anpassung an internationale Regelungen und Vereinbarungen erfolgen.

Der Antrag wurde auf dem Kongress mit überwältigender Mehrheit angenommen.

### Stimmen zum Kongress

*Es hat mir sehr gut gefallen, die Organisation war hervorragend. Dabei möchte ich mich bei allen GdP-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die vor und während des Kongresses hierzu beigetragen haben. Mit dem neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand haben wir bestimmt ein starkes Team. Insbesondere freut es mich, dass ihm jetzt zwei Frauen angehören. Bei der Antragsberatung gab es gute Diskussionen. Es wäre schön gewesen, wenn wir hier etwas mehr Zeit gehabt hätten.*

*Insgesamt bot der Bundeskongress eine gute Gelegenheit zu Information, Erfahrungsaustausch und Diskussion, aber auch einfach Kolleginnen und Kollegen, Freunde zu treffen, war angenehm. Wenn wir beim nächsten Bundeskongress den Anteil der weiblichen Delegierten noch steigern, würde mich das besonders freuen.*

**Ursula Fendl, Landesbezirk Bayern, stellvertr. Vorsitzende der Frauengruppe (Bund).**

**Weitere Beschlüsse  
Seiten 20/21.**

# ***Tarifforderungen beschlossen***

Unmittelbar im Anschluss an den Bundeskongress konstituierte sich die Grosse Tariffkommission (GTK) der GdP am 10. Oktober 2002 in Magdeburg. Nach eingehender Diskussion legte sie einstimmig die Ziele für die Einkommensrunde 2002 fest:

- Keine Abkopplung von der privaten Wirtschaft und ein Tarifergebnis, das denen der privaten Wirtschaft entspricht, so lautete das einstimmige Votum der GTK. Eine ergebnisorientierte Verhandlungsstrategie, d.h.

mit einem Tarifergebnis mit einer „3“ vor dem Komma, ist Ziel der Einkommensrunde 2002.

Die Ergebnisse aller anderen Tarifbereiche liegen adäquat durchschnittlich bei 3,1 %. Mit einer solchen Strategie macht der Öffentliche Dienst deutlich, dass er lediglich eine Abkopplung von den übrigen Branchen verhindern will.

- Die Angleichung Ost ist daneben Schwerpunkt. Beide Forderungen stehen gleichbe-

rechtigt nebeneinander und dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden. 100 % ist als festgeschriebenes Ziel zu vereinbaren. Die GdP ist zu einem zeitlich überschaubaren Stufenplan bereit, allerdings ist der in der Politik diskutierte Zeitraum bis 2007 nicht akzeptabel.

- Die Laufzeit der Tarifverträge soll 12 Monate betragen. Das Tarifergebnis ist zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen. Übrige Verhandlungsgegenstän-

de sind aus der Einkommensrunde herauszuhalten.

Kerstin Philipp – im GBV für Tarifpolitik zuständig – erklärte: „Mit dieser Zielrichtung machen wir deutlich, dass der öffentliche Dienst nicht mehr will als das, was in den anderen Tarifbranchen erreicht worden ist, aber wir wollen auch nicht weniger.“

Die Verhandlungen werden am 15. November 2002 in Stuttgart beginnen.

***kör.***



## Stimmen zum Kongress

*Ich fand den Kongress gut durchorganisiert – das Rahmenprogramm und die Bedingungen waren o.k., das Arbeitsprogramm umfangreich und die Zeit wie immer zu kurz. Einige Dinge, wie beispielsweise der Leitantrag, hätten vorher besser abgestimmt werden müssen.*

*Die Delegierten, insbesondere die Mandatsdelegierten, habe ich sehr engagiert und an der Sache orientiert erlebt. Wichtig für mich waren auch all die interessante Gespräche und Diskussionen am Rande des Kongresses. Außerdem konnte man viele neue Kollegen kennen lernen.*

**Lothar Schulte,  
Gastdelegierter  
BV Münster, LB NRW,  
KG Polizeiführungs-  
akademie**

## KONGRESSBESCHLÜSSE

### Lebensarbeitszeitkonto einführen!

Die finanzielle Vergütung der immens anfallenden Mehrarbeitsstunden ist wegen der hohen Steuerbelastung nicht sonderlich attraktiv. Zeitnaher Arbeitszeitausgleich der Mehrarbeitsstunden aber kann wegen der ständig wachsenden Aufgaben kaum gewährt werden und

Neueinstellungen zum Abbau der Mehrarbeitsstunden sind im öffentlichen Dienst sowieso so gut wie tabu. Hier könnte ein Lebensarbeitszeitkonto helfen, um früher in den gesetzlichen Vorruhestand treten zu können.

Erste Vorstellungen, wie ein solches Konto ausgestaltet sein

könnte, hat der GdP-Bezirk Bundeskriminalamt in der Begründung seines Antrages bereits einfließen lassen. Nun wurde der Bundesvorstand von den Delegierten beauftragt, sich für die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos einzusetzen.

### Erschwerniszulagenverordnung novellieren

Zu dieser Problematik Schicht- und Wechselschichtzulagen lagen dem Kongress mehrere Anträge vor.

So werden sich in Nordrhein-Westfalen im Zuge der Einführung des Dezentralen Schichtdienstmanagements die Schichtfolgen im Wechselschichtdienst

erheblich verändern. Das hat Folgen für den Anspruch auf Gewährung von Schicht- und Daher müsse durch Änderung der Erschwerniszulagenverordnung eine pauschalisierte Zulage an alle Schichtdienstleistenden monatlich gezahlt werden, unabhängig von der Schichtfolge.

In gleiche Richtung zielt ein Antrag des LB Baden Württemberg, die Bezahlung einer Wechselschichtzulage auch dann möglich ist, wenn nach einem bedarfsgerechten Schichtdienstmodell Dienst verrichtet wird.

Beide Anträge wurden von den Delegierten angenommen.

## Neues Beitragskonzept bis 2003

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, ein neues Konzept zur Beitragsgestaltung zu prüfen und bis Ende 2003 zu erstellen“, auf diesen Satz einigten sich die Delegierten nach eingehender Diskussion. Wunschdenken in Richtung minimale Reduzierungen der Beitragshöhe würde dem Einzelnen kaum nutzen, bei der GdP aber zu großen finanziellen Einbußen führen. Kampfmaßnahmen aber kosten Geld. Bundeskassierer Andreas Schuster hat dazu in seinen Ergänzungen zum Finanzbericht deutliche Zahlen genannt. Man brauche zu anderen Berufsvertretungen der Polizei nicht finanziell in Konkurrenz zu gehen, so der Grundte-

nor – vor allem die Kampfkraft der GdP und ihr problembezogenes Agieren würden die Kolleginnen und Kollegen veranlassen, in der GdP ihren Interessenvertreter zu sehen.

Der Antrag wurde als Arbeitsmaterial beschlossen.

**Über weitere Beschlüsse des Kongresses wird DP in den nächsten Ausgaben berichten.**



**Diskussion um die Anträge.**

**Foto: Behle**

### Stimmen zum Kongress

*Nach diffusem Beginn entwickelte sich der 22. Kongress zu einer konstruktiven und lebhaften Veranstaltung – frei nach dem Motto: „Auch aus dem Chaos kann eine wahre Idee erwachsen“.*

**Gerhard Seidel, LB  
Niedersachsen**

*Es war ein sehr lebendiger Kongress, der gezeigt hat, dass die GdP fähig ist, trotz manch kontroverser Diskussionen das Wesentliche nicht aus den Augen zu verlieren und geschlossen zu bleiben.*

*Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen ist eine große Hilfe für die tägliche Arbeit.*

**Dieter Meissner LB  
Saarland**

## Stimmen zum Kongress

Ich bedanke mich im Namen des Verbandes Schweiz. Polizeibeamter recht herzlich für die Einladung. Es war für mich eine Ehre und Freude, an diesem Kongress teilnehmen zu können.

Der erste Tag mit der imposanten und facettenreichen Ansprachen von Konrad Freiberg war beeindruckend. Die anwesenden Politiker versuchten auf ihre besondere Lage hinzuweisen, zeigten jedoch ein reges Interesse an den Sorgen und Problemen der GdP. Sie durften es natürlich nicht unterlassen, aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit, gegeneinander entsprechende Pfeile abzuschließen.

Der Dienstag ganz im Zeichen der Wahlen: Konrad Freiberg hat vor rund zwei Jahren kein leichtes Amt übernommen. Die Wahl mit 91 % Zustimmung wieder spiegelt die ausgewogene und hervorragende Arbeit, die er in den letzten Jahren geleistet hat. Ich wünsche ihm und seiner Crew für die nächste Amtszeit alles Gute. Mögen die Würfe gelingen, welche zum Vorteil und zum Wohle der GdP und ihrer Mitglieder gereichen.

Der wohl schwierigste Tag war Mittwoch. Er kann m. E. als „Chaostag“ abgebucht werden. Erstaunlich, dass Mitglieder des Bundesvorstandes, welche am Montag noch einstimmig Beschlüsse gefasst hatten, am Mittwoch gegen eigene Entscheide in Opposition gingen.

Die brisanten Geschäfte am letzten Tag wurden im Eiltempo erledigt, so dass Konrad Freiberg fast pünktlich das Schlusswort halten konnte.

Im Ganzen kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass ich einen interessanten und intensiven Bundeskongress miterleben durfte.

**Heinz Buttauer, Vizepräsident des Verbandes Schweizer Polizeibeamter**

## RECHTSCHUTZ

# Über Treu und Gehorsam

Der Mann, den wir auf unserem Foto „eingekreist“ haben, hat einen Prozess ausgelöst – einen, bei dem er Rechtschutz von der GdP-Berlin erhielt. Und alles kam durch dieses Foto – veröffentlicht in DP 4/02, Landesteil Berlin – ins Rollen.

### Was war passiert?

Am 7. März 2002 fand in der Berliner Kongresshalle am

Arbeitgeber – an einer Spontandemonstration teilgenommen. Bei einem Teil der Demonstranten hätte die Vermutung aufkommen können, er solidarisierte sich mit deren Beweggründen.

„Als Arbeitnehmer haben Sie die Pflicht, sich nach besten Kräften für die Interessen des Arbeitgebers einzusetzen und alles zu unterlassen, was dem Arbeitgeber und dessen Ruf schaden könnte“, so steht es u. a. in der Abmahnung. Die Empörung darüber führte

dem Grundgesetz, der Rechtsprechung und dem Bundesangestelltentarif-Vertrag (BAT) zugrunde liegen.

Dieser Auffassung folgte das Gericht weitgehend. Die Abmahnung, so die Richter der 96. Kammer des Arbeitsgerichtes Berlin, sei rechtswidrig und müsse aus der Personalakte entfernt werden.

Zur Begründung gab das Gericht u. a. an:



Alexanderplatz eine Personalversammlung statt. Thema war die Zusammenlegung von Werkstätten. Daran nahm Manfred M. teil. Nach dieser Personalversammlung hatte er arbeitsfrei.

Nach der Versammlung diskutierte er mit anderen Teilnehmern vor dem Gebäude in einer Gruppe über Fragen der Arbeitsplatzsicherung. Als sich diese Gruppe in Bewegung setzte, ging auch Manfred M. mit, setzte die Gespräche fort und warb dabei unter Berliner Polizei-Beschäftigten für die Gewerkschaft der Polizei.

Das brachte ihm eine Abmahnung seines Arbeitgebers – des Polizeipräsidenten in Berlin – ein, in der ihm vorgeworfen wurde, dass er seine Treuepflicht gegenüber seinem Arbeitgeber verletzt habe. Er hätte – so sein Ar-

beitsvertrag – Manfred M. habe sich durch seine Teilnahme an der Demonstration eindeutig zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekannt. „Er hat einfach nur die ihm durch die freiheitlich demokratische Grundordnung bzw. das Grundgesetz eingeräumten verfassungsmäßigen Rechte wahrgenommen.“

Eindeutig formulierte das Gericht weiter, dass der Arbeitgeber keinen Anspruch auf bedingungslosen Gehorsam seiner Beschäftigten, sondern eben „nur“ auf das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes habe.

Das Urteil (96 Ca33653/01 vom 10.05.2002) ist inzwischen rechtskräftig. Auf Berufung hat der Beklagte wohlweislich verzichtet.

Manfred M. habe sich durch seine Teilnahme an der Demonstration eindeutig zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekannt. „Er hat einfach nur die ihm durch die freiheitlich demokratische Grundordnung bzw. das Grundgesetz eingeräumten verfassungsmäßigen Rechte wahrgenommen.“

Eindeutig formulierte das Gericht weiter, dass der Arbeitgeber keinen Anspruch auf bedingungslosen Gehorsam seiner Beschäftigten, sondern eben „nur“ auf das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes habe.

Das Urteil (96 Ca33653/01 vom 10.05.2002) ist inzwischen rechtskräftig.

Auf Berufung hat der Beklagte wohlweislich verzichtet.

**MATE**

## „DIE VERSCHENKTE REFORM“

**Erwin B. Boldt „Die verschenkte Reform“, Der Neuaufbau der Hamburger Polizei zwischen Weimarer Tradition und den Vorgaben der britischen Besatzungsmacht 1945-1955.**

**LIT-Verlag 2002, ISBN 3-8258-5945-2, 408 S., gebunden, 35,90 EUR.**

Der Autor Erwin B. Boldt (Jahrgang 26, Polizist der „ersten Stunde“) setzt sich mit dem letztlich vergeblichen Bemühen der britischen Besatzungsmacht auseinander, eine im Volk verwurzelte, von staatlichen Stellen unabhängige und von politischen Pressionen freie kommunale Polizei zu schaffen.

Er verdeutlicht zwar vornehmlich den Neuaufbau der Hamburger Polizei, belegt aber

gleichzeitig die parallele Entwicklung in den anderen Ländern der britischen Zone: NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein. Die Briten scheiterten s. E. an den Vorstellungen sowohl der Polizeiführungen als auch der verantwortlichen deutschen Politiker von einer demokratischen dezentralen Polizei. Wie Boldt anhand zahlreicher Quellen belegt, wurde deren Polizeibild und Vorstellungskraft entscheidend durch die Weimarer Zeit mit ihren Aufständen geprägt und über die NS-Zeit hinweg tradiert.

Aufschlussreich beleuchtet Boldt den beruflichen Werdegang, die politische Betätigung und personale Charakteristik der nach 1945 eingesetzten Polizeiführer. Er widerlegt anhand exakten Zahlenmaterials für Hamburg das Vorurteil, dass die Bri-

ten nur die Spitzen der Polizei ausgetauscht hätten.

Die britischen Reformvorstellungen vom Bild einer zivilen

E i n z e l -  
dienst- und  
Einheits-  
polizei –  
Vergleich-  
bares hatte  
m a n  
vorher in  
Deutsch-  
land nicht  
gekannt –  
stießen auf  
wenig Ge-

gegenliebe. Der Autor zeigt auf, wie viele der britischen Regelungen Stück für Stück aufgehoben und alte Vorstellungen realisiert wurden.

Am längsten leisteten die Alliierten Widerstand gegen die geforderte Aufstellung geschlossener Verbände, den sie erst 1950 angesichts der außenpolitischen

Entwicklung aufgaben. Der Autor beleuchtet kritisch die mit der Aufstellung der BePo verbundenen Auswirkungen auf ein darauf abgestelltes Ausbildungskonzept (u.a. Verbandsdenken, MG/Granatwerferausbildung, die Rolle des Faches PV mit der Überbetonung des ASOD sowie Hilstrups Rolle bei der Führungsausbildung).

Der Verfasser beleuchtet aber auch die Rolle von GdP und ÖtV, die sich schon sehr früh gegen das aus Weimar stammende Polizeiverständnis wandten, die Schaffung einer modernen, zivilen Polizei forderten und sich hartnäckig gegen die beabsichtigte Einführung des Kombattantenstatus wehrten.

Boldt arbeitet in seinem Buch ein wichtiges Stück Polizeigeschichte auf und stellt sie zugleich lebendig und gut nachvollziehbar dar.

**Manfred Bienert**



**Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei personellen Maßnahmen****Leitfaden für die betriebliche Praxis****Von Birgit Willikonsky, Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein****Reihe: Grundlagen und Praxis des Arbeitsrechts, Band 23****2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2002., 267 Seiten, 14,4 x 21 cm, kartoniert, EURO (D) 39,80, ISBN 3 503 06664 0, ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin Bielefeld München**

In der Veröffentlichung werden neben personellen Einzelmaßnahmen (Einstellung, Versetzung, Eingruppierung) auch allgemeine personelle Angelegenheiten (Personalplanung, Ausschreibung von Arbeitsplätzen, Personalfragebögen, Auswahlrichtlinien) und die Förderung der beruflichen Bildung im

Betrieb erörtert. Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei Kündigungen werden ausführlich beleuchtet, desgleichen die sozialen Angelegenheiten.

Aber auch die Mitwirkungs- und Beschwerderechte der Arbeitnehmer sowie Unterrichts- und Erörterungspflichten des Arbeitgebers spielen eine große Rolle. Die Formvorschriften im Fall einer Einigung, der Einigungsweg und die Zulässigkeit einer Betriebsvereinbarung sowie die Folgen der Nichtbeteiligung werden erklärt; ebenso die Besonderheiten bei Tendenzbetrieben.

Die Neuauflage berücksichtigt die Änderung des BetrVG aus dem Jahr 2001 und die neuere Rechtsprechung und Literatur. Mit den umfassenden Aktualisierungen ist das Werk ein praktischer Leitfaden sowohl für Arbeitgeber als auch für Betriebsräte.

**Tetz**

# Taser – eine pfeilschnelle Lösung?

**Seit einiger Zeit sind bei den Polizeibehörden mehrerer Länder, so in, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen Elektroschock-Geräte in der Erprobung. Das Interesse gilt insbesondere dem Elektroimpulsgerät „Advanced Taser M-26“. Die Erprobung geht auf eine Empfehlung des Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz von Anfang April 2001 zurück, wonach dieses Gerät bei den Spezialeinheiten erprobt werden soll. Wie so oft sind die Sichtweisen zu diesem Gerät höchst unterschiedlich. So äußerte Amnesty International bereits Bedenken, die von der PDS in einer Kleinen Anfrage im Deutschen Bundestag aufgegriffen wurden.**

Der Taser M-26 sieht äußerlich einer Pistole ähnlich. Von Druckluft getrieben werden zwei Pfeile abgeschossen, die über einen dünnen Draht mit dem Gerät verbun-

den bleiben. Beim Auftreffen auf den Körper wird ein Elektroimpuls abgegeben, der eine kontrollierbare Muskelreaktion des Betroffenen ausschließen soll.

---

Das Gerät ist also als nicht-tödliches Distanzmittel unterhalb der Schusswaffe einzuordnen, und zwar als Ergänzung zum Reizstoffsprüngerät (RSG). Anzumerken ist, dass die Beeinträchtigung durch den Taser gegenüber dem RSG mit Pfefferspray geringer ist, weil die Folgewirkungen des Reizstoffes wegfallen. Zur rechtlichen Beurteilung ist anzumerken, dass der Taser waffenrechtlich eine Waffe darstellt; polizeirechtlich gilt der Taser z. B. in Nordrhein-Westfalen als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt.

Die bisherige Erprobung bei Spezialeinheiten der Länder ergibt in Hinblick auf die Wirkung ein insgesamt positives Bild. Auffällig ist, dass der Taser erfolgreich sowohl gegenüber angreifenden Personen eingesetzt wurde als auch gegenüber Personen, die sich selbst verletzen oder töten wollten.

Zwei Beispiele: Ein Angreifer, der mit einem 30 cm langen Fleischermesser bewaffnet war, wurde mit den beiden Pfeilen des Tasers im Beinbereich getroffen; er war sofort handlungsunfähig. Das Messer war ihm durch den Elektroimpuls aus der Hand gefallen. In einem anderen Fall wurde der Taser gegen einen Mann eingesetzt, der sich ein Messer mit 20 cm langer Klinge gegen die Herzgegend drückte. Beim Tasereinsatz fiel dem Mann das Messer sofort aus der Hand.

In ihrem Jahresbericht 2002 äußert Amnesty International ihre Sorge darüber, dass Elektroschockwaffen bei der Polizei eingeführt und eingesetzt werden, ohne dass es zuvor eine „umfassende und unabhängige Untersuchung“ über die medizinischen Auswirkungen gegeben habe. Die PDS hatte dieselbe Frage in einer Kleinen Anfrage



**Der ADVANCED TASER® M-26**  
**Foto: TASER INTERNATIONAL**

an die Bundesregierung gestellt, die auf die Zuständigkeit der Innenminister und -senatoren der Länder verwies, zugleich aber betonte, dass aus der Pflicht zum rechtsstaatlichen Handeln sowie aus Fürsorgegründen eine „intensive rechtliche, medizinische, technische als auch einsatztaktische Prüfung“ selbstverständlich sei.

Im Hinblick auf die Forderung von Amnesty International nach

einer „unabhängigen Untersuchung“ stellt sich natürlich die Frage, was als solche bezeichnet werden kann. Es gibt nämlich längst ein medizinisches Gutachten, das außerhalb der Polizei erstellt worden ist. Wesentliches Ergebnis: Der eigentliche Einsatz des Elektroimpulses ist unbedenklich, es gibt allerdings ein kleines Restrisiko, wenn die getroffene Person zusammenbricht und sich möglicherweise beim Sturz verletzt. Die Verengung der Diskussion auf mögliche medizinische Risiken eines solchen Einsatzmittels lässt allerdings einen nicht minder wichtigen Aspekt außer Betracht: Wie sieht denn die Alternative aus, um eine sofortige Handlungsunfähigkeit zu erzielen? Das wäre die Schusswaffe.

**W. Dicke**



## Der gefragte Mann

Wird in unserer Zeitung über Waffen oder Waffenrecht geschrieben, ist der Beitrag meist mit dem Kürzel W. D. unterzeichnet. Dahinter verbirgt sich Wolfgang Dicke, Bundesgeschäftsführer

als deren Alter auf 21 heraufgesetzt werden sollte. Der Schießsport – vor allem mit Kleinkaliberwaffen – wäre mit der Altersgrenze 21 faktisch zum Erliegen gekommen.



**Wolfgang Dicke, Geschäftsführer der GdP und Experte für Waffen, Waffenrecht und nun auch noch Waffenkonstrukteur.**

*Foto: Wesseling*

rer unserer Gewerkschaft und für viele die Inkarnation des Waffenwissens überhaupt. Auch international wird er als Kenner und Experte für Waffen und Waffenrecht geschätzt. Seine Artikel sind in vielen Fachzeitschriften zu finden.

Gefragt ist er national besonders dann, wenn das Thema in die Schlagzeilen kommt oder Entscheidungen in der Gesetzgebung nötig sind.

Beim Waffengesetz im April und bei der anschließenden Novellierung ist sein Wissen maßgeblich eingeflossen. Nicht nur, dass er auf Wunsch der Politik eine Definition für die Pumpgun lieferte, auch in den Anhörungen ist er vehement in die Bresche der Sportschützen gesprungen,

Und nun hat Wolfgang Dicke kürzlich noch eins drauf gesetzt: der Waffenkenner und -sammler kann sich auch noch als Waffenkonstrukteur bezeichnen. Er hatte nämlich der Heckler & Koch GmbH empfohlen, die P 10 mit von ihm vorgeschlagenen Sicherheitsmerkmalen auszurüsten. Der Vorschlag wurde inzwischen erfolgreich umgesetzt.

Mit ausdrücklichem Dank bedachte ihn nun die Heckler & Koch GmbH für „... für Ihre konstruktiven Anregungen zu Schaffung unserer neuen Polizeipistolen- generation. ... Es entspricht der Tradition unserer

Hauses und erfüllt uns mit Stolz, in enger Zusammenarbeit mit Anwendern wie Ihnen Handfeuerwaffen zu entwickeln, die den praktischen Einsatzerfordernissen im höchsten Maß entsprechen und so einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Leib und Leben unserer Beamten und Soldaten leisten.“

Und die GdP erfüllt es mit Stolz, Wolfgang Dicke in ihren Reihen zu wissen.

Das Ergebnis seiner Anregung steht die kürzlich in Niedersachsen eingeführte Dienstpistole Heckel & Koch P2000.

*tetz*

## Juristentag will Jugendstrafrecht modernisieren

**Der 64. Deutsche Juristentag tagte in der Zeit vom 17. bis 20.09.2002 in Berlin. Ca. 2.800 Teilnehmer diskutierten in verschiedenen Abteilungen über aktuelle rechtspolitische Themen. Im Bereich Zivilrecht wurde unter anderem die finanzielle Solidarität unter Verwandten, im Wirtschaftsrecht der Anlegerschutz im Kapitalmarkt- und Börsenrecht, im öffentlichen Recht die Regelungen für öffentliche Unternehmen sowie im Medienrecht eine Harmonisierung diskutiert.**

**Die strafrechtliche Abteilung beschäftigte sich auf dem diesjährigen Juristentag mit einer Modernisierung des Jugendstrafrechts.**

Bundespräsident Johannes Rau kritisierte in seiner Grußansprache die Gesetzesflut. Er wies darauf hin, dass es allein auf Bundesebene derzeit mehr als 5.000 Gesetze und Verordnungen gebe. Hinzu kämen die vielen Normen des kommunalen und europäischen Rechts. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode sei der Bundestag mit fast 1.000 Gesetzesvorhaben befasst gewesen. Er denke als Bundespräsident darüber nach, „ob all das, was die Gesetzgebungsmaschine Bundestag und Bundesrat an Gesetzen produziert, gutes Recht ist“. Rau warnte ausdrücklich davor, auf politische Skandale übereilt mit neuen Gesetzen zu reagieren.

### Die Vorschläge

Von den vielen Beschlüssen, die in den einzelnen Abteilungen gefasst wurden, sind für die Polizei insbesondere die im Bereich des Jugendstrafrechts von Belang. Grundsätzlich wurde vom Deutschen Juristentag zwar kein grundlegender, aber zumindest ein Reformbedarf in Teilbereichen des JGG gesehen. Entgegen dem Gutachter, Prof. Hans-Jörg Albrecht aus Freiburg, konnte man sich zu einer Distanzierung vom Erziehungsgedanken als Grundlage des Jugendstrafrechts jedoch nicht entschließen. Auch Reduzierung des

Strafmündigkeitsalters von vierzehn auf zwölf Jahren wurde eine Absage erteilt.

Besonders intensiv war die Diskussion darüber, ob Heranwachsende voll in das Jugendstrafrecht einbezogen werden sollen oder stattdessen, bei Einführung von Milderungsmöglichkeiten, in das Erwachsenenstrafrecht. Die strafrechtliche Abteilung entschied sich für die erste Alternative.

Im Bereich des Sanktionensystems wurde eine Neustrukturierung der Rechtsfolgen abgelehnt. An einem offenen Weisungskatalog soll weiterhin festgehalten werden. Darüber hinaus wurden als nicht freiheitsentziehende Rechtsfolgen der Tat eine Meldepflicht für Straffällige sowie die (freiwillige) Vereinbarung der Teilnahme am Täter-Opfer-Ausgleich empfohlen.

Abgelehnt wurden dagegen die Bezahlung von Geldstrafen nach einem Tagessatzsystem sowie die Verhängung von Fahrverboten auch bei Straftaten ohne Kraftfahrzeugbezug.

Grundsätzlich wurden für alle jugendstrafrechtlichen Sanktio-

nen Obergrenzen empfohlen. Gemeinnützige Leistungen sollen nach Auffassung des Juristentags zukünftig auf 120 Stunden und Geldauflagen auf das doppelte Monats-Netto-Einkommen begrenzt sein. Der Juristentag sprach sich ausdrücklich dafür aus, dass zukünftig die Schadenswiedergutmachung Vorrang vor der Verhängung einer Geldauflage haben sollte.

Für den Bereich der Vollstreckung ambulanter Maßnahmen und des Jugendarrests empfiehlt der Juristentag eine Vollstreckungsverjährung, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach Rechtskraft des Urteils mit der Vollstreckung begonnen wurde.

Im Bereich der Jugendstrafen wurde die Empfehlung verabschiedet, die Jugendstrafe wegen schädlicher Neigung zukünftig entfallen zu lassen. Außerdem sprach sich der Juristentag dafür aus, die Verhängung von Jugendstrafen bei Vierzehn- bis Fünfzehnjährigen vom Vorliegen eines schwersten Gewaltverbrechens gegen eine Person abhängig zu machen.

Abgelehnt wurde eine Neuberechnung der Strafrahmengrenze für Jugendliche. Für Heranwachsende wurde empfohlen, die Höchstdauer der Jugendstrafe bei Einbeziehung aller Heranwachsenden in das Jugendstrafrecht auf fünfzehn Jahre anzusetzen, wenn nach allgemeinem Strafrecht lebenslange Freiheitsstrafe angedroht ist.

Angeregt wurde darüber hinaus, neben der Beibehaltung der Integration der Jugendgerichtshilfe in das Jugendstrafverfahren integrierten Jugendgerichtshilfen deren Teilnahmerecht und Einflussmöglichkeiten zu stärken. Außerdem hielt man es für sinnvoll, zukünftig die Aufgaben der (Jugend-)bewährungshilfe im Jugendgerichtsgesetz festzuschreiben.

Eine Absage erteilten die Juristen dem Vorschlag, beschleunigte Verfahren zukünftig auch auf Jugendliche auszudehnen. Für einfach gelagerte Sachverhalte soll bei Heranwachsenden ein schriftliches und summarisches Strafbefehlsverfahren zulässig sein. Außerdem sprach sich der Juristentag dafür aus, zukünftig Verletzten im Jugendverfahren unabhängig von einer Nebenklagebefugnis mehr Rechte einzuräumen. Im Bereich der notwendigen Verteidigung sollen zusätzliche Fälle im Jugendstrafverfahren vorgesehen werden. Vollzug von Jugendstrafe und Jugendarrest soll zukünftig in eigenständigen Gesetzen geregelt werden.

Angesichts der weit fortgeschrittenen und differenzierten Diskussion über die Reform des Jugendstrafrechts gab die strafrechtliche Abteilung die Empfehlung, mit der Vorbereitung eines zweiten JGG-Änderungsgesetzes eine Kommission zu beauftragen, in der das gesamte Spektrum der derzeit diskutierten Auffassung vertreten ist.

### **Empfehlungen haben Gewicht**

Bei all den dargestellten Vorschlägen, deren Aufzählung wohlgeordnet nicht vollzählig und umfassend ist, handelt es sich

selbstverständlich nur um Empfehlungen, die der Deutsche Juristentag an den Gesetzgeber ausspricht. Die Stimme des Deutschen Juristentages ist jedoch von einigem Gewicht. Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass es sehr häufig Empfehlungen des Deutschen Juristentages waren, die später in

## **Deutscher Juristentag**

Der Deutsche Juristentag (DJT) ist ein eingetragener Verein mit derzeit ca. 7.000 Mitgliedern aus allen juristischen Berufsgruppen. Alle zwei Jahre organisiert der Verein den Deutschen Juristentag, auf dem rechtspolitische Themen diskutiert werden. Gegründet wurde der DJT im Jahre 1860 in Berlin. Ziel des DJT ist es seit jeher, das Recht in Deutschland mitzugestalten.

materielles Recht gegossen wurden. Insofern ist es angeraten, sich mit diesen Empfehlungen frühzeitig auseinander zu setzen.

### **Die GdP-Sicht**

Aus Sicht der GdP kann es nicht angehen, zukünftig alle Heranwachsenden ohne Ausnahme dem Jugendstrafrecht zu unterziehen.

Auch die Differenzierung der 14- bis 15-jährigen und 16- bis 18-jährigen Straftäter im Hinblick darauf, dass bei der ersten Gruppe Jugendstrafen nur in bestimmten Ausnahmefällen verhängt werden sollen, kann nicht auf ungeteilte Zustimmung treffen.

Kriminelle Karrieren von Jugendlichen beginnen heute teilweise bereits im Kindesalter. Die dann noch strafflosen Kinder begehen auch nach Erreichen des 14. Lebensjahres – und damit des Erreichens der Strafmündigkeit – weiterhin Straftaten. Mit Ausnahme von schwersten Straftaten

sollen gegen 14- bis 15-jährige aber nach Auffassung des Deutschen Juristentages in Zukunft lediglich Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel (Verwarnung, Auflagen, Jugendarrest) verhängt werden können. Und was soll dann bitte mit dem 15-jährigen Serienstraftäter geschehen, der vielleicht zum 6., 8. oder 10. Mal beim Jugendrichter sitzt?

Welche erzieherische Wirkung sollen denn auf diesen Jugendlichen Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel haben? Auch die Empfehlung, zukünftig die Jugendstrafe wegen schädlicher Neigung entfallen zu lassen, spricht für sich.

Es ist zwar richtig, wenn der Deutsche Juristentag wie auch die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe (DVJJ) davon ausgehen, dass die Jugend besser sei als ihr Ruf. Allerdings ist die Klientel, mit der die Kolleginnen und Kollegen der Polizei es häufig zu tun haben, nicht gerade diejenige, die den Ruf der Jugend positiv prägt. Von daher wäre es eine unsachgemäße Verkürzung der zur Verfügung stehenden Maßnahmen, wenn die beiden letztgenannten Empfehlungen des Deutschen Juristentages Gesetz würden.

Man sollte sich bei den Empfehlungen jedoch nicht nur an den aus GdP-Sicht negativen Vorschlägen festbeißen. So ist auch zu begrüßen, dass angesichts der weit fortgeschrittenen differenzierten Diskussion über die Reform des Jugendstrafrechts mit der Vorbereitung eines Zweiten JGG-Änderungsgesetzes eine Kommission beauftragt werden soll. Allerdings sollten in deren Diskussion nicht nur die Vorschläge des Deutschen Juristentages beraten werden. Es empfiehlt sich aus unserer Sicht, auch diejenigen an dieser Kommission zu beteiligen und in eine solche Kommission einzubeziehen, die vielleicht ganz andere Erfahrungen mit jugendlichen Straftätern gemacht haben, als die Teilnehmer des Deutschen Juristentages. Die GdP wird sich darum bemühen, dass auch Polizistinnen und Polizisten in dieser Kommission gehört werden.

*nov*



## FRAUENHANDEL

# „Ware“ aus Weißrussland

**Die Anzahl der jungen Frauen, die aus Weißrussland und anderen mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern nach Westeuropa emigrieren und hier der (Zwangs-)Prostitution zugeführt werden oder geradezu zwangsläufig im Rotlichtmilieu landen, hat ein bedenkliches Ausmaß angenommen und sie nimmt weiterhin zu.**

Wie dramatisch diese Migrationsbewegungen sind, geht aus einer jüngst veröffentlichten UNICEF-Studie über die Situation in Moldawien hervor: Das Land an der Moldau hat 4,3 Millionen Einwohner. Davon sind während der letzten Jahre 600.000 (vorwiegend Frauen) ausgewandert. 80% der Zurückgebliebenen haben die feste Absicht, baldmöglichst (nach Westeuropa) zu emigrieren.

Weißrussland (Belarus) ist Rekrutierungs- und Transitland zugleich. Die Situation in diesem Land, das nach der Aufnahme Polens in die Europäische Union unser unmittelbarer Grenz Nachbar sein wird, ist der in Moldawien sehr ähnlich und sie erscheint in vielerlei Hinsicht typisch für alle östlichen Lieferstaaten der „Ware“ Frau.

Die Ursachen dieser ausgeprägten Migrationsbereitschaft in diesen Staaten und die Gründe, warum die Frauen oft unausweichlich Opfer eines kriminellen Milieus werden, kann nur nachvollziehen, wer die Situation in den Rekrutierungsländern



Minsk – eine Stadtansicht

Foto: Paulus

und das Zusammenspiel Anwerbung-Schleusung-Ausbeutung begreift und die Wertvorstellungen und „Gesetze“ der westlichen Rotlichtmilieus kennt

### Die Situation in Weißrussland

Schon während des unruhigen Fluges von Wien nach Minsk wurde ich mit dem Problemfeld „Ware“ Frau konfrontiert

Mein aufgedunsen und bullig wirkender Sitznachbar, ein Säge-

werksbesitzer aus Süddeutschland und Endfünfziger, machte kein Geheimnis aus seiner auf drei Tage angesetzten Mission: Ein Weib wolle er sich beschaffen, ein hübsches Weib, nicht älter als dreißig („eine Junge isst auch

nicht viel mehr als eine Alte ...), fleißig, nicht emanzipiert und immer bereit ... Er grinste mich dümmlich an, um zu erkunden, ob ich ihn verstand.

Ob das so einfach wäre, fragte ich ihn. „Kein Problem“, zeigte er sich siegessicher, „in Weißrussland gibt es schöne Frauen wie Sand am Meer“.

Der Heiratshandel ist eine keineswegs immer legale Variante des Handels mit der „Ware“ Frau.

Der Flughafen von Minsk liegt

weit außerhalb der 1,8 Millionen-Metropole in einem endlosen Weiß aus Birken und Schnee. Im Flughafengebäude waren gut hundert Kinder versammelt, ärmlich gekleidet, mit kleinem Gepäck. Sie verhielten sich ungewöhnlich ruhig, wirkten müde, kraftlos und doch voller Erwartung. Noch immer werden tschernobylkranke Kinder aus den verseuchten Grenzgebieten zur Ukraine hin zur ärztlichen Betreuung und zur Erholung nach Westeuropa verbracht.

Die wohltätige und wichtige, seit nunmehr fünfzehn Jahren laufende Tschernobyl-Hilfe hat unendlich viel Gutes bewirkt. Sie steht jedoch auch im Zusammenhang mit der Ausreisewilligkeit der jungen belarussischen Frauen von heute und damit mit dem Frauenhandel:

Nicht wenige der (potenziellen) Migrantinnen haben ihr Traumland Italien, Frankreich oder Deutschland als Tschernobyl-Kind kennen und lieben gelernt. Und nun, inzwischen erwachsen geworden, zieht es sie wieder dort hin.

Andere haben von den reichen, freundlichen und hilfsbereiten Menschen im Westen nur gehört und auch sie fühlen sich von westlicher Lebensart und von westlichem Wohlstand so angezogen, wie die Motte vom Licht.

Dies erscheint durchaus verständlich, wenn man die jungen,

## FRAUENHANDEL

stolzen Gesichter der jungen Belarussinnen sieht und wenn man weiß, wie strebsam und ehrgeizig sie ihre Ziele verfolgen. Sie sind intelligent und haben im internationalen Vergleich eine hervorragende (Aus-)Bildung. Nicht wenige haben einen Hochschulabschluss und dennoch keine Chance in ihrem zerrissenen und immer noch unterentwickelten Land.

### Die Menschen in Weißrussland sind arm.

Das Land hat nur wenig Bodenschätze und eine international kaum wettbewerbsfähige Industrie. Eine Besserung ist (noch) nicht in Sicht.

„Nichts geht in diesem Land“, so sagen sie selbst, „aber alles ist möglich!“

Trotz der Armut legen die gut aussehenden Belarussinnen größten Wert auf ihr Äußeres.

Ihre Schönheit ist verbrieft und selbst der Präsident des Landes, Lukaschenko, spricht nicht

reisebereitschaft und dem Frauenhandel steht.

Die jungen Frauen Weißrusslands sehen für sich und ihre Zukunft nicht selten nur drei Möglichkeiten: entweder arm zu bleiben, kriminell zu werden oder aber in den Westen zu emigrieren. Arm bleiben wollen sie



**Viele Weißrussen arbeiten hart für das Lebensnötigste. Per Hand sammelt diese Frau auf einem Acker des staatlichen Landwirtschaftsbetriebes Gorodets Kartoffeln. Der weißrussische Präsident Lukaschenko war übrigens in den späten 80ern Jahren Leiter dieses Betriebes.**

nicht, kriminell werden auch nicht, also gibt es für ihre Lebensplanung nur noch einen Weg und der führt westwärts.

Deutschland ist dabei mit großem Abstand zu anderen Staaten das Zielland Nr. 1.

Deutschland und die Deutschen stehen bei den Weißrussen in hohem Ansehen.

Die Belarussen lieben und verehren uns und unser Land. Eine erstaunliche Erkenntnis, wenn man bedenkt, dass es gerade sechzig Jahre her ist, seit Hitler-Deutschland ihre Heimat überfiel, ihre Hauptstadt Minsk in einem ungeheuren Inferno dem Erdboden gleich machte und insgesamt zwei Millionen

Tote hinterließ. Heute sind wir, vielfach unbemerkt, wieder dabei, diesem Land und seinen Menschen Schaden zuzufügen und das in uns gesetzte Vertrauen zu verspielen:

beim Frauenhandel und bei der Ausbeutung der jungen Weißrussinnen stellen (neben

Bäumen, in Schulen und Universitäten, um junge Frauen gewonnen.

Tageszeitungen und (Jugend-) Zeitschriften enthalten eine Fülle von Anzeigen mit entsprechenden Angeboten:

„Gut bezahlter Traumjob in Deutschland ...“

„Kellnerin nach Hannover gesucht ...“

„Beste Verdienstmöglichkeiten als Tänzerin in Österreich ...“

„Deutscher sucht Haushaltshilfe ...“

„Familie in Frankfurt sucht Aupair-Mädchen ...“

„Deutsche Männer suchen belarussische Frauen ...“

„Wir sagen Ihnen, wie sie nach Deutschland kommen und wir helfen Ihnen dabei ...“

Nicht zu vergessen ist, dass auch in Zeitungen und Zeitschriften der westlichen Zielländer Künstlerinnen, Bardamen, Bedienungen, Haushaltshilfen und „nicht emanzipierte“ Ehefrauen gesucht und angeboten werden. Der Markt nutzt auch das Internet durchaus erfolgreich. Die Computer- und DV-Kenntnisse stehen in Weißrussland trotz vielfach fehlender Hard- und Software auf erstaunlich hohem Niveau und die Internet-Cafes haben längst auch Minsk erreicht.

Dass all diese Angebote nicht immer seriös sind, sondern vielfach kriminelle Hintergründe haben, liegt auf der Hand.

Sicher erscheint auch, dass selbst die offiziellen und vom belarussischen Arbeitsministerium lizenzierten Vermittlungsagenturen letztlich keine Gewähr vor einer kriminellen Ausbeutung im Westen bieten können.

Die schwerwiegendsten Probleme und die eigentliche Herausforderung beim Frauenhandel von Ost nach West könnten allerdings trotz der bisherigen und gegenwärtigen Entwicklung noch vor uns liegen.

Spätestens wenn Polen der Europäischen Union angehören wird und die wesentlichen Rekrutierungsländer ohne (funktionierende) Grenzsicherungen und

oder im Zusammenwirken mit Kriminellen anderer Länder) wird die Täter und Belarus – ebenso wie Moldawien, die Ukraine, Russland, Rumänien und andere – die Opfer.

### Die Anwerbungsmethoden

Die in hohem Maße vorhandene Ausreisebereitschaft der jungen belarussischen Frauen wird, wie in den anderen Rekrutierungsländern auch, durch zahllose Anwerbungsversuche und Vermittlungsangebote ergänzt. In Weißrussland gilt das vor allem für die ländlichen Gebiete. Aber auch in der Hauptstadt Minsk wird nach wie vor und trotz gelegentlicher Warnungen und kritischer Medienberichte von Einzelpersonen und von (Schleuser-)Gruppierungen, von Vermittlern und Vermittlungsagenturen mit Zetteln und Plakaten an Bushaltestellen und

**Unser Autor ist Erster Hauptkommissar bei der KP Ulm und dort seit über 15 Jahren mit Sexualstraftaten und Menschenhandel befasst. Er ist außerdem als Lehrbeauftragter an der Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg tätig und Autor der im Verlag Deutsche Polizei erschienenen Bücher „Grünkram – Die Kindersexmafia in Deutschland“ und „Kinderfreunde – Kindermörder“. Im Auftrag der Europäischen Kommission war er mehrfach in Weißrussland, um dort die Situation und die Ursachen des Menschenhandels (Frauenhandels) zu erkunden.**

ohne Stolz von „seinen“ Frauen, die es zu schützen gilt.

Dennoch gibt es in diesem Land eine ausgeprägte „feminisierte Armut“, die in sehr engem Zusammenhang mit der Aus-



## FRAUENHANDEL

Pufferzonen unsere unmittelbaren Nachbarn sein werden, könnten alle Dämme brechen und der vielfach der Organisierten Kriminalität (OK) zuzuordnende Handel mit der „Ware“ Frau nie gekannte Dimensionen annehmen.

Ob das durch die EU-Aufnahmebedingungen, z.B. durch die Schaffung einer polnischen Grenzpolizei (die Grenzsicherungen wurden in Polen bisher vom Militär wahrgenommen), zu verhindern ist, erscheint fraglich.

### Schleusungswege und -methoden

Es gibt in Weißrussland und in den anderen Rekrutierungsländern Einzelpersonen, die mit Schleusungen Geld verdienen und es gibt Schleusergruppierungen und Organisationen, die zum Teil ganze Kontingente von Frauen zusammenstellen und diese über die Grenze(n) bringen.

Einzelne, professionell vorgehende und nicht selten der Organisierten Kriminalität (OK) zuzuordnende Gruppierungen bieten geradezu einen Fullservice an, der die Anwerbung ebenso enthält, wie alle vorbereitenden Maßnahmen und die eigentliche Schleusung einschließlich

der erforderlichen Begleitkriminalität (z. B. Visaerschleichungen und/oder Passfälschungen) sowie die Übergabe an die Abnehmer im jeweiligen Transit- oder Ziel-land.

Von Weißrussland aus führen

„Grenze“ spielt erstaunlicherweise keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Die Grenzen werden in aller Regel legal oder scheinbar legal überschritten.

Es versteht sich von selbst, dass diese Dienste ihren Preis

entstandene Abhängigkeit und Hilflosigkeit demonstriert.

Die noch bestehenden Brücken in die Heimat werden abgebaut. Notizbücher mit Telefonnummern und Adressen von Bekannten und Verwandten wer-



*Anmut und Schönheit weißrussischer Frauen sind legendär – hier bei beim traditionellen Volkstanz.*

verschiedene Schleusungswege nach Westeuropa. Sie verlaufen über Moskau, über die baltischen Staaten, vor allem aber über die traditionelle Balkan-Route und über die von den Anbaugebieten in Afghanistan ausgehende „Heroin-Straße“, die über Polen nach Deutschland führt.

Der Weg über die „Grüne

haben und der ist für die allermeisten Migrantinnen unerschwinglich. Das hält die Schleuser aber keineswegs von ihren Vorhaben ab, im Gegenteil!

Sie stunden ihre Forderungen nur all zu gerne und sie versprechen ihren Opfern in steter Regelmäßigkeit, dass die entstandenen Kosten im Westen schnell und problemlos abgearbeitet werden können – der Beginn des (von Täterseite aus gewünschten) Weges in die Verschuldung und Abhängigkeit.

den ihnen abgenommen. Kontakte zu Dritten gibt es nicht mehr, Hilferufe sind nicht mehr möglich. Geld, Reiseunterlagen (Fahrtscheine oder Rückflugtickets) und Personalpapiere gelangen in die Hände der Täter.

Die Frauen werden gefügig gemacht, wenn erforderlich geschlagen, vergewaltigt oder „zu-



*Der 13-jährige Wladislaw Baranowsky gehört zu einer Gruppe von 64 Mädchen und Jungen aus der Region Minsk, die sich in diesem Jahr in Volkerdorf (Sachsen) von den Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erholen können.*

### Aufgaben der Schleuser

Im Zusammenspiel Anwerbung-Schleusung-Ausbeutung kommen den Schleusern ganz zentrale und wichtige Aufgaben zu, die sich keineswegs auf die eigentliche Schleusung beschränken.

Neben den verschiedensten Täuschungshandlungen und der Schaffung von Abhängigkeit und Verschuldung haben sie ihre Opfer auf deren spätere Tätigkeit vorzubereiten.

Den jungen Frauen wird in dieser Phase des Geschehens die

**Eine wirksame Bekämpfung des Frauenhandels und der Frauenhändler erfordert Eingriffe und Maßnahmen in den Rekrutierungs-, in den Transit- und in den Ziel-ländern und eine funktionierende internationale Zusammenarbeit zwischen den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden aller von dieser Kriminalität betroffenen Länder.**

geritten“, wie das in Täterkreisen heißt. Die Opfer eines kriminellen, internationalen und bestens funktionierenden Zusammenspiels sollen am Zielort ohne Zeitverlust eingesetzt und ausgebeutet werden können.

Oft ist deshalb die Phase der Schleusung schon von Gewalt und Brutalität einerseits und von Hilflosigkeit und Verzweiflung andererseits geprägt.

Der Traum vom Job als Haushaltshilfe, als Kellnerin oder als Künstlerin und der Traum vom Glück im Westen nimmt nicht selten schon während der Schleusung ein jähes Ende.

### Das Rotlichtmilieu

Eine ganz erhebliche Anzahl der oft gutgläubigen und im wahrsten Sinne des Wortes blauäugigen jungen Frauen, die ihr Glück als Haushaltshilfe, Putzfrau oder Ehefrau im Westen suchen, landet direkt oder indirekt, oft jedoch zwangsläufig im Rotlichtmilieu.

Bei den „Künstlerinnen“, Tänzerinnen oder Bardamen ist das geradezu vorprogrammiert.

Im Rotlichtmilieu ist die ausländische Prostituierte wegen ihrer oft besonderen Attraktivität für die Freier, vor allem aber wegen ihrer totalen Abhängigkeit und Hilflosigkeit sehr gefragt und begehrt.

Dennoch oder gerade deshalb ist sie innerhalb der strengen Milieuhierarchie ganz unten angesiedelt. Sie hat nicht selten die unattraktivsten, schmutzigsten und perverstesten Freier zu bedienen und ihr wird oft das gesamte Geld abgenommen, das sie sich verdient.

Ängste, Ekel und Scham, Ausweglosigkeit und Verzweiflung, Alkohol und Drogen bestimmen bald ihr Leben und durch eine tatsächliche oder auch nur vorgegebene stetige Höherverschuldung gerät sie immer tiefer in den Sumpf von Abhängigkeit und gnadenloser Ausbeutung.

Am Ende dieses Weges liegt nicht selten ein menschliches Wrack.

### Bekämpfungsstrategien

In fast allen Rekrutierungsländern gilt es grundsätzlich als ausgesprochenen Glücksfall,

**Vor gut einem Jahr richtete sich ein Groß-einsatz der Polizei im Hamburger Stadtteil Barmbek vor allem gegen Albaner, denen vorgeworfen wurde, Frauen aus Osteuropa und Südamerika eingeschleust und zur Prostitution gezwungen zu haben.**



**Der Augsburger Bordellbetreiber Tilmann F. musste sich in diesem Jahr wegen Menschenhandels vor Gericht verantworten.**

Fotos (5): dpa

wenn es einer jungen Frau gelingt, nach Westeuropa zu emigrieren.

Ihre Bemühungen, dies zu verhindern, werden also ausbleiben oder sie werden sich in Grenzen halten.

In Belarus wurde 1998 erstmals über verschiedene Einzelschicksale berichtet. Seither wird auch davor gewarnt, sich all zu leichtfertig in die Fänge von Anwerbern und Schleusern zu begeben.

Auch für die Kriminalmiliz ist

diese Kriminalitätsform neu. Sie hat sich das für eine wirksame Bekämpfung des Frauenhandels erforderliche Problembewusstsein allerdings sehr schnell angeeignet und eine mit der Drogenbekämpfung gekoppelte Spezialeinheit geschaffen, die als sehr kompetent und auch erfolgreich anzusehen ist.

Diese Spezialeinheit belarussischer Ermittler hat sich inzwischen auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (z. B. mit dem PP Berlin) bestens bewährt und sie ist an einem weiteren Ausbau der Kontakte und an der Zusammenarbeit mit westeuropäischen (und vor allem

hungen angestrebt werden, unterstreicht die Kompetenz dieser Einheit.

Auch die Gesetzgebung hat in Belarus schnell auf die für das Land neuen Herausforderungen reagiert. Mit Wirkung vom 1.1.2001 trat in Weißrussland der Tatbestand „Menschenhandel“ in Kraft. Diese Strafvorschrift im belarussischen StGB ist an die diesbezüglichen westeuropäischen Gesetzgebungen angelehnt, sie dürfte zwar auslegungsfähiger, aber auch wesentlich praktikabler als der deutsche Tatbestand sein.

Doch auch die Anwendung des Gesetzes ist in Weißrussland noch Neuland und es bleibt abzuwarten, wie sich das Gesetz zur Bekämpfung des Menschen- und Frauenhandels bewährt.

Genau so, wie in den Ziel-ländern wird der Erfolg dieser beachtlichen Bemühungen Weißrusslands und auch der anderer Rekrutierungsländer im Kampf gegen den Frauenhandel ganz wesentlich von einer funktionierenden, länderübergreifenden Zusammenarbeit abhängen.

Diese internationale Kriminalität lässt sich nur in bilateraler oder internationaler Zusammenarbeit wirksam bekämpfen.

Deutschland hat sich in zahlreichen Ab- und Übereinkom-

**Der Frauenhandel, dieser moderne Sklavenmarkt, hat nicht nur zahllose menschliche Einzelschicksale zur Folge. Diese Kriminalität steht auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ansehen Deutschlands und der Deutschen in Belarus und den anderen Rekrutierungsgebieten und darüber hinaus in der ganzen Welt.**

mit deutschen) Polizeidienststellen sehr interessiert.

Dass dabei unbürokratische, direkte und fallbezogene Bezie-

## FRAUENHANDEL

men, Vereinbarungen und Verträgen, zur Bekämpfung des Menschen- und damit auch des Frauenhandels verpflichtet.

Diesen Verpflichtungen versucht man mit den Tatbeständen des § 180 b Menschenhandel und § 181 StGB Schwerer Menschenhandel, nachzukommen, was nur sehr bedingt gelingt.

Die wenig praktikablen und mit hohen Hürden versehenen Tatbestände erlauben zu selten ein angemessenes Urteil.

Abgesehen von anderen, oft unüberwindlichen Hürden, die diese Gesetzgebung beinhaltet, spielt das kleine Wörtchen „um“ in den Passagen der Tatbestände eine sehr bedeutende und oft strafverhindernde Rolle: „wer auf eine andere Person einwirkt, um sie in Kenntnis einer Zwangslage...“ oder „wer eine andere Person anwirbt, um sie in Kenntnis der Hilflosigkeit...“. Selbst wenn die Anwerbung und auch die Zuführung zur Prostitution nachweisbar sind – die mit diesem „um“ geforderte subjektive Absicht ist es oft nicht.

Im übrigen haben auch die deutschen Ermittler und die deutschen Gerichte ihre nicht unerheblichen Probleme mit dieser häufig mehrere Grenzen überschreitenden Kriminalität.

Die Dienstwege sind im Vergleich zu den Wegen der Täter oft zu lang, zu zeitaufwendig und zu mühsam.

Allein ins Ausland (Rekrutierungs- oder Zielland) zielende Beweisanträge der Verteidiger bewirken immer wieder, dass es zu einem Deal zwischen ihnen und den Gerichten kommt und dass vom Verbrechenstatbestand in Vergehenstatbestände heruntergefahren wird.

Bei den durch Frauenhandel und Zwangsprostitution zu erzielenden Gewinnen nehmen die Täter selbst eine ein- oder zweijährige Haftstrafe ohne Bewährung in Kauf.

Geradezu fatal wirkt sich in diesem Deliktsbereich aus, wenn sich eine von Statistiken und schnellen Erfolgen geleitete Polizei den „Luxus“ langfristiger Strukturermittlungen mit oft un-

gewissem Ausgang nicht mehr erlaubt oder nicht mehr erlauben kann.

Wenn mehrere „illegale“ Frauen im Milieu angetroffen, ausländerrechtlich belangt und abgeschoben werden und wenn nach den eigentlichen Tätern im Hintergrund nicht gefragt wird, dann ergeben sich daraus statistisch zwar mehrere aufgeklärte Straftaten, die Polizei macht sich bei dieser „Opferverfolgung“ jedoch quasi zum Handlanger Krimineller und krimineller Organisationen.

Ohne personal- und zeitaufwendige Strukturermittlungen ist ein Durchbruch beim Handel mit der „Ware“ Frau nicht zu erzielen.

Bei dem zu vermutenden Dunkelfeld, bei den wenigen Ermittlungserfolgen und bei den seltenen, angemessenen Urteilen bleibt festzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verpflichtung zu einer wirkungsvollen Bekämpfung des Menschenhandels gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße nachkommt.

### **Eine Herausforderung für Europa**

Neben der Erhöhung nationaler Anstrengungen erscheint in Zukunft vor allem eine gemeinsame europäische Bekämpfungsstrategie erforderlich, um der Herausforderung des Menschenhandels von Ost nach West wirksamer als bisher zu begegnen.

In Brüssel wurde erkannt, dass diese Kriminalität besorgniserregende Ausmaße angenommen und weitreichende Auswirkungen auf die von ihr betroffenen Gesellschaften hat.

Seit dem Jahr 1996 setzt sich die Europäische Union für die Entwicklung eines umfassenden, multidisziplinären Konzepts zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels ein.

Im Vordergrund der Brüsseler Bemühungen stehen

- Präventionsmaßnahmen,
- das Strafrecht in den Mitgliedsstaaten,

- die Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden,
- der Opferschutz sowie
- angemessene Kooperationsmaßnahmen.

Im Jahr 1997 wurde das DAPHNE-Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen aufgelegt. Dieses wurde im Dezember 2000 bis 2003 verlängert.

Auch das STOP-Programm zur Förderung, Unterstützung und Stärkung der Netzwerke gegen den Menschenhandel und die sexuelle Ausbeutung von Kindern lief bereits 1996 an.

Es wurde zu Beginn des Jahres 2001 mit STOP II für weitere 2 Jahre verlängert. Allein für diesen Zeitraum wurden 4 Millionen Euro bereitgestellt.

Weitere Programme in den Bereichen Beschäftigung und

Soziales (EQUAL, PHARE) tragen ebenfalls zur Bekämpfung des Menschenhandels bei.

Es bleibt zu hoffen, dass diese europäischen Initiativen mehr und mehr greifen.

Es bleibt auch zu hoffen, dass nach dem Beitritt Polens in die EU nicht alle Dämme brechen.

Weißrussland wird danach unser unmittelbarer Nachbar sein und hinter ihm gibt es bis nach Afghanistan keine funktionierenden Grenzsicherungen mehr, aber Hunderttausende von potenziellen Opfern, die nur auf ihre Chance warten, nach Westeuropa zu gelangen, und zahllose kriminelle Gruppierungen und Organisationen, die ihre Gewinne weiterhin steigern und ihre Macht ausbauen wollen.

*Manfred Paulus*

## BÜCHER

### **Taschenlexikon personalrechtlicher Entscheidungen des öffentlichen Dienstes (TPE)**

Herausgegeben von Dr. Eckhart Dembowski, Vorsitzender Richter am Obergericht Lüneburg, Dr. Alexander Ostrowicz, Präsident des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein, unter Mitarbeit von Dr. Martin Heither, Rechtsreferendar  
**ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin Bielefeld München 10., überarbeitete und erweiterte Auflage**

**Teil I: Entscheidungen bis 31.12.1979**

**CCIV, 1.507 Seiten, 12,5 x 18,5 cm, Dünndruckpapier, einschließlich Ordner EURO (D) 49,80  
ISBN 3 503 02112 4**

**Teil II: Entscheidungen bis 31.12.1989**

**CLX, 1.080 Seiten, 12,5 x 18,5 cm, Dünndruckpapier, einschließlich Ordner EURO (D) 49,80  
ISBN 3 503 03374 2**

**Teil III: Entscheidungen bis 31.12.1999**

**LXVIII, 1.416 Seiten, 12,5 x 18,5 cm, Dünndruckpapier, einschließlich Ordner EURO (D) 49,80  
ISBN 3 503 06678 0**

Als „fachübergreifendes“ Lexikon informiert das Werk über alle wichtigen personalrechtlichen Entscheidungen, die den öffentlichen Dienst betreffen. Schwerpunktmäßig enthält es Entscheidungen der Arbeitsgerichte, der Verwaltungs- und der Disziplinargerichte, soweit von Bedeutung auch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, der ordentlichen Gerichte (BGH), des Bundessozialgerichts und des Bundesfinanzhofs.

Einschließlich der beiden abgeschlossenen Grundwerke sind mit der 10. Auflage rund 12.400 Entscheidungen in Leitsätzen abgedruckt. Den Leitsätzen sind Fundstellen in den Entscheidungssammlungen und Fachzeitschriften beigelegt.

Das Lexikon ist alphabetisch nach Stichworten geordnet. Einzelne Stichworte, wie z. B. Beteiligung der Personalvertretung, sind durch Untergliederungen erschlossen. Mit zwei Ergänzungslieferungen im Jahr bewahrt das TPE seine hohe Aktualität.